

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Festtage: Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Druckerei: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfandl & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Fabrikstraße 49, Fernr. 1587. Redaktion und Druckerei: Gr. Minzstr. 3, Fernr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Bändneranzeige zahlbarer Abonnementpreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mr. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Egentl. 1.70 Mr., 2 Krempf. 2.90 Mr. In der Expedition und den Ausgabestellen vierstündig. 2 Mr. monatl. 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mr. Einzelne Nummern 5 Pf., Contagabe und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die geschätzte Postzeit 15 Pf., auswärtig 25 Pf., im Ausland 50 Pf. Post-Befreiungsscheine Seite 390.

Nr. 146.

Magdeburg, Mittwoch den 27. Juni 1906.

17. Jahrgang.

Aussprechen das, was nicht ist.

Der deutsche, speziell der norddeutsche Liberalismus hat es stets für sehr staatsmännisch und klug gehalten, in unangenehmen Situationen sich und andre durch kräftige Worte über die Lage der Dinge zu täuschen. Vor 44 Jahren hat Lassalle dieses Treiben in seinem Vortrag „Ueber Verfassungswesen“ trefflich gezeichnet. Als damals die preußische Regierung gegen das ausdrückliche Votum des Abgeordnetenhauses Gelder für militärische Zwecke verwandte, für die sie nicht bewilligt waren, wies Lassalle nach, daß hieran der Liberalismus selbst einen wesentlichen Teil der Schuld trage. Die Regierung — so führte er aus — habe von jeher absolut und nicht konstitutionell regiert. Weil aber das offene Eingeständnis eines so mittelalterlichen Regimes dieses selbst vor dem eignen Volk und vor ganz Europa unmöglich gemacht hätte, habe sie sich mit einem scheinbaren Konstitutionalismus umgeben. Sie habe eine Verfassung gegeben, diese aber so eingerichtet, daß doch nach wie vor die Regierung allein alles Wesentliche zu bestimmen habe, und vor allen Dingen habe sie genügend tatsächliche Macht in Händen behalten, um selbst diese harmlose Verfassung, wenn es ihr beliebe, zu brechen, „gleichwohl aber immer das äußere Schmuckprägnen konstitutioneller Formen beizubehalten“. Dies alles, fährt Lassalle fort, habe die liberale Opposition ganz gut gewußt und durchschaut; sie habe es aber trotzdem niemals ausgesprochen, sondern vielmehr umgekehrt die Komödie der Regierung mitgemacht. „Sie ging von der Ansicht aus, man müsse vertuschen, verheimlichen und bemühen; man müsse — meinte sie — der Regierung so lange einreden, daß sie eine konstitutionelle sei, bis sie wirklich selbst daran glaubt! Sie wollte also die Regierung umfügen!“

Man weiß, welch entsetzliches Fiasko die Liberalen mit dieser „staatsmännischen“ Taktik gemacht haben. Den wesentlichsten Grund ihres Neinfalls führt Lassalle gleich an: „Diese Geistesärmosten sahen nicht, daß sie, um der Regierung in ihren Blättern vorzulügen, daß sie konstitutionell sei, dieselbe Lüge täglich dem Volke vorpredigen und ihr so endlich bei ihm wirkliche Eingang verschaffen müßten.“ Dem gegenüber erklärt Lassalle als einziges Mittel wirklichen politischen Erfolges: aussprechen das, was ist.

Die Liberalen haben Lassalles Rat nicht befolgt; sie sind ihrer Taktik des Vertuschens treu geblieben; sie sind damit von Niederlage zu Niederlage geeilt; aus der einst stolzen und Achtung gebietenden Partei ist ein winziges Häuflein geworden, das für politische Entscheidungen nicht mehr in Betracht kommt. Aber trotzdem und allemal bleiben sie bei ihrer Taktik, heute wie vor einem Menschenalter gilt ihnen als oberste Regel aller Staatsweisheit: aussprechen das, was nicht ist.

Ein eklantes Beispiel dafür bietet wieder einmal das Verhalten ihrer Presse angesichts des preußischen Schulgesetzes und was damit zusammenhängt. So widmet das „Berliner Tageblatt“ dem Münchner Lehrertag einen Artikel, in welchem es zunächst aufstredet, daß nach den Ergebnissen der Abstimmung keine einzige Stimme sich für die Konfessionschule erhoben habe, und daraus den Schluss zieht: „Die Schulform, die Preußen durch das gegenwärtige Schulgesetz zur herrschenden machen will, kann also nur gegen, nicht durch die Lehrer zur Ausführung kommen.“

Natürlich weiß das „Berliner Tageblatt“ genau so gut wie wir, daß das nicht stimmt. Sobald das Schulgesetz amtlich publiziert und von oben her zur Einführung gebracht wird, werden die preußischen Volkschullehrer als gute Beamte einfach tun, was ihnen befahlen wird. So weit sie liberal sind — und das sind sie bedenklich noch fast alle —, können sie das auch, ohne mit ihrem Gewissen irgendwie in Konflikt zu kommen. Denn sie können sich ja an das alte gute liberale Rezept halten, das ihnen das „Berliner Tageblatt“ so gut vormacht: aussprechen das, was nicht ist! Sie können sich ja einreden, daß die oben befahlene Schulform die Simultanschule sei!

Man muß nämlich wissen, daß das „Berliner Tageblatt“ — wiederum durchaus in Übereinstimmung mit dem liberalen Geiste — die Lehrer direkt auffordert, nicht nach ihrer Überzeugung zu reden und zu handeln, und zwar im Interesse der guten Sache und des Vaterlandes. Es schreibt:

„Eine erhebliche Minorität für diese letzteren Tage (die Bremer und Hamburger Theben, die bekanntlich Beifügung des Religionsunterrichts aus der Schule verbannen) hätten auch die konserватiven und klerikal Ultraleute darüber gestimmt.“ Eine derartige Zieldnungnahme der Lehrerseite kann zu einer fröhlichen Auskunft gebothen zu einer fröhlichen Reaktion... Sicherlich sind nicht nur die Hamburger und Bremer Lehrer der Ansicht, daß der konfessionelle

Religionsunterricht nicht das Ideal der religiösen Jugend-erziehung ist. Wer sie wissen, daß ein anderer Religionsunterricht in dem größten Teil des Deutschen Reiches in absehbarer Zeit nicht möglich ist, und so tut man, was Vernunft und praktischer Sinn gebieten...“

Man sieht, es ist genau das von Lassalle gebrandmarkte liberale Rezept der 50er Jahre. Damals geboten „Vernunft und praktischer Sinn“: weil wir ein wirklich konstitutionelles Regime im absehbarer Zeit nicht kriegen, erklären wir das gegenwärtig herrschende für gut und ausreichend, obwohl wir in unserem Herzen anders darüber denken; heute leitet die Erklärung: weil der konfessionslose Unterricht in absehbarer Zeit nicht möglich ist, erklären wir die Simultanschule für das Ideal, wenn wir auch nicht davon glauben. Damals war der nicht ausgesprochene Nebengedanke der: wenn wir die Regierung offen als absolutistisch bezeichnen, wird sie am Ende böse und noch reaktionärer; heute wird ganz offen ausgesprochen, daß man sich zähm verhält, um keinen Vorwand zu einer frischen, fröhlichen Reaktion zu geben. Dabei lehrt die Erfahrung, daß die Regierung in den 60er Jahren diese Schwäche des Liberalismus benutzt, um einfach gegen den ausgesprochenen Willen des Parlaments zu regieren. Die Reaktion, die man durch Bohmheit zu bannen hoffte, kam also doch. Und was die heutigen Vorgänge betrifft — ist denn das preußische Schulgesetz noch nicht „frische, fröhliche Reaktion“ genug? Was befürchtet man denn eigentlich noch, nachdem die Reaktion uns das geboten?

Nun können aber die Lehrer mit demselben Recht auch weiter gehen und folgern: da die Simultanschule auf absehbare Zeit nicht möglich ist, so stellen wir uns eben auf den Boden des Erreichbaren und halten es mit der Konfessionschule, ganz gleich, was wir innerlich darüber denken. Wenn sie das tun, so verstößen sie nicht im mindesten gegen die liberalen Traditionen. Und wer deinen es tun, daran ist kein Zweifel, wenn auch das „Berliner Tageblatt“ sich noch so sehr gebärdet, als glaube es nicht daran. Ja, genau besehen, fordert das „Berliner Tageblatt“ selbst sie dazu auf. Es schreibt nämlich weiter:

„Die Kirche zum Aufgeben ihrer Ansprüche auf den konfessionellen Religionsunterricht zu verzögern, ist keine politische Macht in der Lage und die Mehrzahl der Parteien auch nicht gewillt. Und die Pädagogen, wenn sie nicht lediglich idealen Träumereien nachgehen, sondern praktische Arbeit leisten wollen, haben auch keinen Anlaß, darüber Klagen zu stimmen.“

Dies ist geschrieben zugunsten der Simultanschule. Aber sprechen nicht ganz dieselben Argumente auch zugunsten der Konfessionschule? Um so mehr als die Mehrzahl der Parteien im Abgeordnetenhaus doch eben die Konfessionschule und nicht die Simultanschule haben will! Die Lehrer werden also keine Klagenleider austümmer, keinen idealen Träumereien nach der Simultanschule nachgehen, sondern auf dem gegebenen Boden der Konfessionschule praktisch arbeiten. Für die völlige Trennung des Religionsunterrichts von der Schule, so meine das „Berliner Tageblatt“, hat sich in München „nicht eine Stimme erhoben. Der deutsche Volksschullehrer legt Gewicht darauf, den ganzen Unterricht in der Hand zu behalten. Er möchte das Kind nicht mit einem zweiten Lehrer teilen, der das Jenseits im Gegensatz zum Diesseits vertritt.“

Sehr schön. Und weil das nicht anders zu erreichen ist, als indem der Schullehrer die Vertretung des Jenseits gleich mit übernimmt, so tut er es eben, mag er in seinem Herzen über das Jenseits insgesamt wie über das Verhältnis der Schule zu ihm auch die absonderlichsten Gedanken hegeln.

Und zum Abschluß des schönen Bildes stellt sich das „Berliner Tageblatt“ dar, als ob es religiös wäre oder wenigstens das gebildete Bürgertum für religiös hieste! Es trauert darüber, daß man den jungen Geistesträger noch nicht die Wahrheit lehrt, daß alle Religionen aus einer Wurzel entsprungen sind und noch heute aus dieser einen Wurzel für ihr Beste- und Blattwerk die lebendige Kraft ziehen“.

Wären wir religiös, so würde uns dieses unsichtbare Geistewahrtscheinlich in unserm religiösen Empfinden verlegen. So aber sehen wir darin nur einen weiteren Beweis dafür, daß das Bertuschen, Verheimlichen und Vermänteln bis auf den heutigen Tag die Taktik des Liberalismus geblieben ist.

Der deutsche Liberalismus ist innerlich moralisch und ethisch gewesen vom Tage seiner Geburt an. Das ist der Grund, weshalb er nie sich zu einer fröhlichen Tat aufgerafft, sondern seine Zuflucht immer darin gefunden hat, die Dinge unzulänglich. Auch heute kann er nichts weiter als der ersten Hilfe suchen, und weil die andern eben ebenfalls eben „liberal“ sind wie er selbst, muß er auch sie für erst zuvertrauen. Der Strich des „Berliner Tageblatt“ ist leicht mit den Worten: „Dem geeinten Willen derjenigen, in deren Händen der öffentliche Unterricht liegt, werden auch die

reactionären Mächte unserer Tage auf die Dauer sich nicht entgegenstellen können.“

Hier zeigt sich so recht die Gefahr dieser schwächeren Taktik. Die reactionären Mächte unserer Tage werden sich um den geeinten Willen „derjenigen“ sehr wenig kümmern, schon weil „derjenigen“ gar keinen Willen haben. Der Liberalismus aber geht schlafen, er wird gegen die Schulverschaffung weiter nichts unternehmen, nachdem er all seine Hoffnung in die von ihm umhantasierten Lehrer gesetzt hat, d. h. nachdem er ausgesprochen hat, was nicht ist.

Diese Familiärlichkeit des Liberalismus trägt einen großen Teil der Schuld an dem Witen der Reaktion in Deutschland. An ihre Stelle die fröhliche Tat zu setzen, die damit beginnt, auszusprechen was ist, das ist eine der Aufgaben, die eigentlich der bürgerlichen Demokratie zugekommen wären, die aber in Deutschland nur die Sozialdemokratie löst. — ab.

Politische Übersicht.

Magdeburg, den 26. Juni 1906.

Regierung und Presse.

Die strafgerichtliche Untersuchung, die gegen zwei Beamte des Kolonialamts wegen ihres Verhältnisses zur Presse eingeleitet worden ist, erwacht den Anschein, als ob Beziehungen zwischen der Presse und bestimmten Stellen des Reichs etwas ganz Ungehörlisches und Unerhörtes wären. Es wäre ja auch im Grunde genommen ganz richtig, wenn die Regierung alles, was sie der Differenzialität bekannt zu geben hat, in ihren eignen als solchen bezeichneten Organen mitteilen und es der übrigen Presse überlassen würde, ob sie diese Mitteilungen an ihre Leser weitergeben will oder nicht. Auch der Weg der Insertion und des öffentlichen Anschlags steht der Regierung offen, so daß man wohl annehmen könnte, daß zwischen ihr und der Presse, soweit sie nicht amtlich ist, ein wohltuendes Verhältnis reinlicher Scheidung das richtige wäre.

Aber kann man aber gerade an dem gegenwärtigen Skandal die Beobachtung machen, daß ein solches Verhältnis nicht erzielt. Gerade jetzt laufen sich nämlich die Rechtsritter der sog. „wohlgefeinnten“ Presse auf den Hintertreppen aller möglichen Amtsbeamten auf, um über den Gang der eingeleiteten strafrechtlichen und disziplinarischen Verfahren irgend eine kleine Neugier zu austöbern zu können. Der Rechtsritter des Herrn Scherl vom „Berliner Lokal-Anzeiger“ redet vom Disziplinarverfahren wider Puttkamer, als ob er alle Akten studiert hätte; er weiß zu versichern, daß die Bedeutung, die Untersuchung erstrecke sich bloß auf das Verhältnis Puttkamers zur Firma Eßer, unrichtig sei. Woher weiß er das? Die „Hamburger Nachrichten“ zeigen ein nicht minder glückliches Wissensvermögen, denn sie können jene Amtsbeamten mit Namen anführen, durch deren Hände die — angeblich — unterschlagenen Dokumente gegangen seien; sie konstruieren daraus einen artigen Zivilbeschwerdebeweis, daß nur jene beiden die Schuldigen sein könnten, die die schwere Hand des Staatsanwalts bereits erfaßt habe. Sogar daß das Kolonialamt längere Zeit hindurch unter polizeilicher Überwachung gestanden habe, ist dem Hamburger Scharfmacherblatt wehsbekannt und wird von ihm ungeliebt ausgeschandert. Von wannen kommt ihm diese Wissensscheit? Wer hat diese Blätter, die doch keine offiziellen Amtsblätter sind, ermächtigt. Einzelheiten aus Disziplinar- und Strafrechtlichen Untersuchungen mitzuteilen, die ihrer Natur und den geistlichen Bestimmungen nach voren gar nicht in die Öffentlichkeit gehören?

Wer die Berliner Preschberichte einigesmaßen kennt, wird über den scheinbaren Widerspruch nicht im mindesten erstaunen. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß zwischen den amtlichen Stellen und einem gewissen Teil der Presse, sagen wir es gleich heraus, so gut wie der ganze große bürgerliche Presse ein sehr enges Verhältnis besteht. Die „Märzzeit“ der großen bürgerlichen Presse bringt drei Viertel ihres Lebens in den Vorzimmern aller möglichen Amtsbeamten, besonders aber des Amstwürtigen Amtes zu, um den großen, meist recht seltenen Fall zu erwarten, wo des Wehrverbaus ihres Platzes durch irgend eine wichtige Originalinformation belohnt wird. Das Verhältnis dieser Preschrohanten zu den amtlichen Stellen ist das denkwürdigste; auch bürgerliche Journalisten, die ein wenig Standesbewußtsein haben, empfinden es höchst peinlich, im Auftrag ihres nach Originalnachrichten dirstenden Verlegers in den verschiedenen Amtsstuben konkurrieren zu gehen.

Dabei werden die verschiedenen Blätter von den verschiedenen Amtsmännern sehr verschieden behandelt. Vor dem

Auswärtigen Amt findet sogar die demokratische „Frankfurter Zeitung“ Grade, bei den Höfämtern ist der fromme „Reichsbote“ und Scherl, der Meister autohypnotischer Personalreflame, allen um eine Pferdelänge voraus; Neugkeiten vom Polizeipräsidium aber findet man am frühesten, wenn auch nicht am richtigsten, in den ausgesprochenen Schriftmacherblättern, also in der „Post“, der „Täglichen Rundschau“, den „Hamburger Nachrichten“. Die letzteren sind es ja auch, die diesmal von der polizeilichen Überwachung der Kolonialämter zu berichten wissen.

Dieser Unzug soll durch das große Reinemachen im Kolonialamt keineswegs abgeschafft werden; vielmehr blüht er, wie wir gesehen haben, ruhig weiter fort und entwidelt sich gerade im gegenwärtigen Fall in strohender Heppigkeit. Die hochneutrale Prozedur, die jetzt vorgenommen wird, hat nur den Zweck, dafür Sorge zu tragen, daß erstens amtliche Nachrichten nur an die augenblicklich oben helleste Preise verhökert werden, und daß zweitens nur solche Mitteilungen in die Öffentlichkeit lanciert werden, die der preußisch-deutschen Untertanenschaft zeigen, wie gut man sie regiert.

Die amtliche Preßkorruption soll nicht ausgerottet, sondern geschützt werden. In den deutschen Reichshäfen soll derselbe Grundzus herrschen wie in der Schlachterei des Fleischkursts von Chicago; wer nicht mit vom Geschäft ist, hat keinen Zutritt! —

Die weiße Weise.

Der frühere Generalissimus von Südweste, von Trotha mit Namen, ist am Montag von den Spionen der vielbesprochenen Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes weggegessen worden. Es wurde, wie es längst üblich geworden, bei dieser Gelegenheit auch geredet. Der Prinz, der noch kein Staatssekretär ist, widmete dem scheidenden Generalleutnant „Danf- und Abschiedsworte“. Und der General grüßte also zurück:

„Ich bin der älteste deutsche Offizier und einer der ältesten Beamten der Kolonialabteilung und trage den Abfall-Rod und den Tropenhut in verschiedensten Formen und mit einigen Unterbrechungen seit 12 Jahren. Dass dieser Rod auch mein Siebenbund werden würde, davon war ich mir bewusst, als ich zum drittenmal im Mai 1901 hinausging. Aus welchen Gründen es dies nicht geworden ist, zu erläutern, liegt außerhalb von Zeit und Ort des Augenblicks. Mir genügt mein Bewußtsein, als Soldat und Beamter meine Schuldigkeit getan zu haben und dass jüngste Entfinden aus allen drei Seiten meiner überseeschen Landsmann mit weißer Weise zurückgefeiert zu sein. Die Geschichte wird sprechen, ob ich das schärfste traf. Die Geschichte wird vielleicht einmal auch ohne Andifferenz in einer Geschichte vom Jahre 1897 und die der jetzt verhöllenen Jahre zur Veröffentlichung bringen und beweisen, dass ich fast alles so vorausgesagt, wie es geschehen und wahrscheinlich auch noch kommen wird. Die Geschichte wird darüber ihr Urteil fällen, ob ich grundlos der grausame Krieg führt war und ob dieser Krieg auf andre Weise endgültig zu handhaben ist... Die Entwicklung der Erde und ihrer Entwicklung wird weiter vor sich gehen, und das eiserne Rad der Zeit wird die Redner und Politikure mit ihren Parteiinteressen zermalmen.“

Der geflügelte General frägt großen Unmut und tiefe Verbitterung auf der Kriegerseele; er will und darf aber nichts ausplaudern und beruft sich daher auf das Urteil der Geiste, die seiner Kriegsführung einmal Gerechtigkeit widerfahren lassen werde.

Selange erwartet er sicherlich nicht zu warten. Die Gegenwart hat ihm fleißig Gesichter gezeichnet und seine Erleide gebaut, durch die die völlige Ausrottung der Schwarzen proklamiert wurde, in denen er Prämien auf die Köpfe der führenden Feinde aussetzte und Anordnungen traf, durch die Kinder und vielleicht Tausende unschuldiger Weiber und Kinder dem Tode des Verdutzens in den wüsten, wasserlosen Gegenden ausgesetzt wurden!

Das nennt dieser vom „Mannenkunst“ durchlichtete dreifache Generalleutnant denn: mit weißer Weise zurückgefeiert. Es wird nur wenige geben, die ihm dieses Selbstzeugnis als eigenes nachvordern werden. Und wäre der Trotha-Allesamt in dem steilen Abhang von Südweste nicht so blauäugig amüsiert, wenn er auf ihn einen Gassenhauer durfte:

„Na, Mann, hast du 'ne Weise an,
Son weiss' keiner Eise —
Der heilige Sturm ist gleich an
Und Sturm durchdringt die Erde —

Schließlich hat auf der neuen Gewerkschaft vom Südweste, Lindenstr., gehandelt. Er wollte mit der anderen Seite nicht zu tun haben. Erst als der Oberhofrat verließ den Raum, kam der Gewerkschaftsleiter Nr. 1000 um.

Zum Wandel der Zeit.

Die Unzufriedenheit gegen den sozialen beladenen Gesetzestexten führt der Sozialistengesetzgeber sofort ein Werk, das ihn schon einmal mit den Erfordernissen eines Gewerkschaftsvertrages zu beschäftigen tritt.

Es war im September 1904 und im April 1905, als die Seiten des ebenso einfachen Gewerkschaftsvertrags das Gewerkschaftsrecht erneut gegen diesen leichten Gesetzestexten als unzureichend urteilten.

Jedoch die Regierung als einer der wichtigsten Beziehungen ihres politischen Programms die Reform des Arbeiterschutzes zur Unterstützung heranzog. Eine der ersten Formen des Sozialstaates waren die sozialen Sozialversicherungen. „Die Seiten des Gewerkschaftsvertrags“ an der gegen sozialstaatlichen Arbeitsschutz gerichteten, es wurde auf dem sozialen Recht mit Sozialrechtsformen nach Sozialversicherungen. Diese sozialen Sozialversicherungen haben die Gewerkschaften nicht zu richten die Sozialversicherungen zu tun und die Gewerkschaften zu unterstützen.“

Am 1. Juni 1906, nachdem als ein Sozialist, beantragt wurde, die Seite gegen den Sozialversicherungsgesetz.

Es ist hierfür eine Ausarbeitung, dass dem 1. Juni unter dem Sozialversicherungsgesetz, das der Gewerkschaftsrecht nicht mit der Sozialversicherung, gegen diese Sozialversicherungen nicht eingetragen

sein, da es nicht im öffentlichen Interesse liege, und es Herr v. Puttkamer selbst nicht für erträglich halte. Indes muss seine Herausstellung unterbleiben, da er anscheinend die Esserschen Gesellschaften zu sehr begünstigt habe. Es sei Herrn v. Puttkamer nahegelegt worden, sein Entlassungsgegen einzureichen. Dieses Gesuch sei eingegangen und es sollte ihm entschieden werden unter Zustimmung der Pension.

Aber nicht nur der Geheime Regierungsrat Rose hat sich in der Beurteilung kolonialer Vergehen von Grund aus geändert; auch Tesko selber darf den Ruf für sich in Anspruch nehmen, sich der Einfluss modernerer Ausschreibungen über die koloniale Wirksamkeit deutscher Bibilatoren nicht widergesetzt zu haben. In der Verhandlung gegen Leist wurde am 6. April 1895 der Bericht Teskos des Untersekretären über die Wirkungen des Reichschen Regimes verlesen. Zwei Sätze sind besonders lehrreich:

Die Schmach und Schande der Kameruner Ereignisse übten auch auf Togo Einfluss und erweckten bei den Eingeborenen Misstrauen gegen die Deutschen. Das Vertrauen wurde nur allmählich zurückgewonnen werden.

Tesco ging bald von Togo nach Kamerun und „gewann das Vertrauen der Eingeborenen allmählich zurück“. Wie er das ansiehte, hat die deutsche Welt ungefähr erfahren.

Als Lohn für seine aufopferungsvolle Tätigkeit bleibt ihm die Pension von circa 12 000 Mark jährlich. Und das Bewußtsein, das Seine dazu beigebracht zu haben, auf dass die laren Anschauungen über die koloniale Tätigkeit, die noch 1895 herrschten, inzwischen gründlich revidiert worden sind.

Was vor elf Jahren genügte, um einen Beamten aus seiner Stellung zu bringen, stellt sich heute in den Augen der Kolonialfürsprecher als ein Verdienst dar, das zum mindesten mit der vollen Pensionsgewährung belohnt werden muss! Und da gibt es immer noch verborgte Mögler, die da behaupten, die Kolonien brächten uns nicht vorwärts. —

„Nationale“ Handelspolitik.

Als vor vier Jahren die zolltolle Reichstagsmehrheit den Zolltarif beriet, wurde von vielen Seiten darauf hingewiesen, dass ungeheurende Machwerke werde zur Folge haben, dass die deutsche Industrie ihre Betriebe nach jenseits der Grenzen verlegen werde. Der Tarif ist nun seit mehreren Monaten in Kraft, und wie er wirkt, das zeigen folgende Feststellungen der Chemnitzer Handelskammer:

In Weißert in Böhmen haben, um den durch die Einführung des österreichischen Zolltarifs gefährdeten Export aufrechtzuhalten, zwei Buchholzer Firmen der Zusammepartnerschaft eine Fabrik größeren Umlangs für Papier- und Präzisionswaren errichtet. Vier Fabrikanten Plauener Fabrikereien haben in Weißert neue Fabriknummern angelegt, weil diese Artikel der hohen Zollsätze wegen von Deutschland nach Österreich voraussichtlich nicht mehr ausgeführt werden können. Eine Chemnitzer Zitronen- und Herrenwäschefabrik hat sich in einer Fabrik in Weißert eingewandert. Auch wird es als wahrscheinlich bezeichnet, dass noch weitere industrielle Eröffnungen dort begründet werden; insbesondere sollen Verhandlungen mit deutschen Grangwarenfabrikanten führen. Neben die Gründung einer Grangwarenfabrik in Schmiedeberg in Böhmen durch einen Chemnitzer Industriellen sind Unterhandlungen im Gange. In Teplitz-Schönau wird unter Beteiligung deutscher Radicals eine Quecksilberfabrik errichtet.

Der sind die Erfahrungen, die in einem Handelskammerbezirk gesammelt wurden. Sie reichen aus, um zumindest die Optimismus zu widerlegen, der noch in diesem Frühjahr im Reichstag erklärte, eine Auswanderung deutscher Industrien habe nicht stattgefunden. Auch der Zentralverband deutscher Industrieller ist nicht Posadowitzs Meinung. Denn auf seiner letzten Generalversammlung stieg Bued recht lebhaft über die schädlichen Folgen des neuen Zolltarifs für die deutsche Industrie, und ein ähnliches Misgatzel sprach der Schatzbericht des Bergbauvereins an. Die schädlichen Folgen des Zolltariffs werden noch schon noch bemerkbar machen. Wenn nur die Industriellen darunter zu leiden hätten, könnte es uns am Ende gleichgültig bleiben, denn höchst tragen diese ja die Schuld davon, dass es so gekommen ist. Leider müssen aber die Arbeiters am meisten für die handelspolitischen Blüthen der Regierung, der Agrarier und der Industriellen büßen. —

Serbien.

Im Serbien fanden am letzten Sonntag Wahlen zur Bürgerschaft statt. Sie waren zur Folge, dass die bisher ältere Partei, die Zentralpartei, stark bestimmt wurde. Sie hat nämlich recht ungünstige Sonderabstimmungsbedingungen mit Österreich geschlossen, durch die ein Kontakt zwischen Österreich und Serbien sehr geschwächt ist. Dafür musste sie nun bei den Wahlen gegen die demokratischen der Republikaner, eine wenn auch etwas schwächer Partei. Das heutige Ergebnis ist fast klar im Klar. Nach amtlicher Bekanntgabe sind von den 117 Abgeordneten der Bürgerschaft 84 der Zentralpartei 49, den Nationalpartei 14, den Republikanern 3 und den Sozialisten ein Stützen zugewichen. Neun Radikalen sind erforderlich. Die Sozialisten haben zwei Mandate in Belgrad und Birot verloren, ebenso wie in Serbien selbst. Die Wahlbeteiligung war sehr niedrig. Die östlichen Radikale, die jeder Stimme den Sieg erzielten, haben auch dieses Mal nicht gefunden, aber es sind dabei erstaunlichzeitigzeitig zu Wen Stimmen, die sie bei jeder Wahl zu verzögern hatten, mal mit dieses Mal der Wahlgang nicht.

Die Regierung als einer der wichtigsten Beziehungen ihres politischen Programms die Reform des Arbeiterschutzes zur Unterstützung heranzog. Eine der ersten Formen des Sozialstaates waren die sozialen Sozialversicherungen. „Die Seiten des Gewerkschaftsvertrags“ an der gegen sozialstaatlichen Arbeitsschutz gerichteten, es wurde auf dem sozialen Recht mit Sozialrechtsformen nach Sozialversicherungen. Diese sozialen Sozialversicherungen haben die Gewerkschaften nicht zu richten die Sozialversicherungen zu tun und die Gewerkschaften zu unterstützen.“

Am 1. Juni 1906, nachdem als ein Sozialist, beantragt wurde, die Seite gegen den Sozialversicherungsgesetz.

Es ist hierfür eine Ausarbeitung, dass dem 1. Juni unter dem Sozialversicherungsgesetz, das der Gewerkschaftsrecht nicht mit der Sozialversicherung, gegen diese Sozialversicherungen nicht eingetragen

hauptungen, dass infolge der Hungersnot Epidemien ausgetreten seien. Die Regierung erwarte die Mithilfe des Publikums in ihren Bemühungen, im andern Falle wäre ihre Arbeit sehr schwierig. Die Regierung hat niemals der Tätigkeit von Privatpersonen Hindernisse in den Weg gelegt.

Mehrere Redner treten den Behauptungen des Ministers entgegen und weisen nach, dass die Lokalverwaltung die öffentliche Hilfeleistung behindert habe. Vladimír (Arbeitsgruppe) führt unter lärrendem Beifall der Linken aus, die Regierung habe das Volk arm gemacht, und Gurko, der seinerzeit vorgeschlagen habe, die Familien der an den Agrarunterschichten beteiligten Landleute ihrer Habe zu rauben, sei jetzt zum Leiter der Unterstützungsaktion in den von der Hungersnot betroffenen Gegenden ernannt worden. Die Minister seien bei den Amnestiedebatten nicht in der Duma erschienen, fest ständen sie, weil die Hungersnot Geldauswand erfordere, und dass Geld werde in den Taschen der Beamten bleibeln. Er beantragt, dass man eine Kommission von Dumamitgliedern in das Hungersnotgebiet sende, und dass der Regierung, die das Vertrauen der Duma entbehre, nicht eine Kopeke gegeben werde.

Rodolphe (Rabot) sagt in einer leidenschaftlichen Rede, die Regierung habe die Russen zu Bettlern gemacht. In Russland werde immer Hunger herrschen, solange die Regierung nicht für Ordnung sorgt, und solange alle Vertreter der Zentralgewalt durch das Willkürregiment verdorben seien.

Minister Stolypin erwidert, er sei bereit, die Reden der Dumamitglieder anzuhören und sich über ihre Angaben zu unterrichten, aber den Rednern der Linken wolle er nicht antworten. In diesem Augenblick erhebt sich das Gejusch: „Gehen Sie hin aus! Demissionieren Sie. Wagen Sie nicht, die Duma zu beleidigen.“

Der Minister verlässt hierauf die Tribüne und den Saal unter großem Lärm des Hauses.

Das Haus nimmt eine von Nabatow und Vladimír abgefasste Tagesordnung mit allen gegen drei Stimmen an, in der ausgesprochen wird, dass die Hindernisse, die stets die Tätigkeit der öffentlichen Hilfeleistung in den Gegenden der Hungersnot gehemmt haben, so lange bestehen werden, als das Land von einem der Duma nicht verantwortlichen Ministerium regiert werden wird. Sobald wird die Einsetzung einer Spezialkommission unter der Kontrolle der Duma für die Angelegenheiten der Hungersnot verlangt. Die Minister verlassen unter dem Lärm des Hauses den Saal.

Der Bericht über die Mezeleien in Bialystok kommt am Donnerstag zur Verlesung. —

Die Verantwortlichen.

Genosse Jaures schreibt in der „Humanite“:

Frankreich ist zum großen Teil für die Bialystoker Mezeleien verantwortlich. Die französische Finanz hat zusammen mit der christlichen Finanz dem Barentum die Mittel geliefert, weiter zu leben und den russischen Juden das Messer ins Herz zu stoßen. Wann wird diese schändliche Mitarbeit Frankreichs ein Ende nehmen? Es wäre anscheinend zwielichtig, wenn wir wollten, dass die Republik der ersten russischen Volksvertretung ausdrücklich ihre Sympathien ausdrücke. Was viele europäische Parlamente getan haben, hat unsres noch nicht zu tun gewagt. Aber unterhalten wir wenigstens nicht mit französischem Gold die dauernde Verschwörung des Selbstverscherrlums und seiner Bürokratie gegen Freiheit und Leben des Russenvolles.

Der Wunsch wird vorläufig noch ein frommer bleiben. Höher, tausendmal höher als Menschlichkeit und Stammeszugehörigkeit steht der Profit. —

Letzte Nachrichten.

* Warschau, 26. Juni. In der Ghettovorstadt wurden gestern nachmittag drei Spieße erschossen. Als die Leichen nach dem jüdischen Hospital gebracht werden sollten, wurden auf den Transport Revolver schüsse aus den Fenstern abgegeben. Infanterie marschierte auf und beschoss ihrerseits die Haustrennen. Bei dem Schiebewechseln sind, soweit bisher gezählt werden konnte, sechs Personen getötet worden. Die Zahl der Verwundeten ist noch nicht festgestellt worden. —

* Warschau, 26. Juni. Am 29. Juni soll hier ein Massenprozess gegen das Komitee der revolutionären Militärorganisation beginnen. Angeklagt sind 19 Personen, darunter 4 Offiziere und 4 Soldaten. —

Hd. Petersburg, 26. Juni. Die von hier nach Kronstadt abgeleitete Untersuchungskommission hat beschlossen, 380 Mann der Besatzung zu verhaften und davon 74 zu verschiedenen Strafen zu verurteilen. —

Hd. Riga, 26. Juni. Das Kriegsgericht hat acht Bauern aus Kurland, die wegen Organisation einer Kampfpartei zum Tode der Selbstverscherrlung des Zaren angeklagt waren, freigesprochen. Das Urteil erregt großes Aufsehen. — (Die Bauern wagen der eigenen Sicherheit wegen nicht mehr schlaukug jeden Angriff zum Tode zu verurteilen. Ein Zeichen für das Wiedererstarken der revolutionären Bewegung. Red.) —

Hd. Petersburg, 26. Juni. Die Gardeison von Batum hat gestern geweint. Kosaken schlossen die Weiterenden ein, ohne jedoch zu schließen. Viele Einwohner verlassen die Stadt. Der Kommandeur der russisch-chinesischen Armee, der 25 000 Kabel bei sich führt, wurde überfallen und verletzt.

Hd. London, 26. Juni. Wie aus Petersburg gemeldet wird, sind die schwarzen Banden in Kasan und Michailburg damit beschäftigt, neue Judenverfolgungen in den Städten zu organisieren. Der dortigen Juden hat sich eine Panik beschäftigt. Die Juden ersuchen die Duma um Schutz. —

Hd. Petersburg, 26. Juni. (Eigner Drahtbericht der Volksstimme.) Nowoje Wremja berichtet von zwei Versammlungen, die bei Jaroslaw Ejsko stattfanden und an denen 3000 und 3000 Männer aller Waffengattungen teilnahmen. Feldgendarmerie löste die Versammlungen auf und verhaftete einige Soldaten und Revolutionäre.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 26. Juni 1906.

Erwerbt die preußische Staatsangehörigkeit, wenn ihr sie noch nicht besitzt!

Durchdrungen von der Notwendigkeit, auch im preußischen Dreiklassenwahlrecht vertreten zu sein, um auch dort die Forderungen der Sozialdemokratie zu Gehör zu bringen und, wenn möglich, Einfluss auf die Gesetzgebung zu gewinnen, setzt es auch nur, um durch schärfere Strafe das Zustandekommen schlechter, das Volk übermäßig belastender und entzweiernder Gesetze möglichst zu verhindern, dass die sozialdemokratische Partei beschlossen, sich an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus zu beteiligen. Und diese erste Beteiligung vor 3 Jahren hat gezeigt, dass die Sozialdemokratie die zweitgrößte Zahl der Wählervoten — 18,79 Prozent gegen 19,39 Prozent konservative — aufgebracht hat. Es hat sich aber auch gezeigt, dass eine sehr große Anzahl Gewählte, die in Preußen ihren dauernden Wohnsitz haben,

ohne Preußen zu sein, eben deshalb ein Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus nicht ausüben konnten.

Das muß anders werden.

Jeder in Preußen ansässige Parteigenosse, der die preußische Staatsangehörigkeit noch nicht besitzt, muß sie erwerben, um in Preußen zum Landtag wählen und die Zahl der sozialdemokratischen Urwählerstimmen vermehren zu können. Das ist auch nötig, um bei den Stadtverordnetenwahlen wahlberechtigt zu sein.

Deutsche, welche die preußische Staatsangehörigkeit erwerben, verlieren dadurch die bisherige nicht. —

Für die Erhöhung eines Schulgebäudes auf dem Grundstück Peter-Paulstraße 34 sucht der Magistrat die Zustimmung der Stadtverordneten nach. Die Kosten des Baues sind auf 470 000 Mark veranschlagt. Zum Frühjahr nächsten Jahres soll der Neubau in Angriff genommen werden. In der Magistratsvorlage heißt es u. a.: Die Schulgebäude der Bürger- und Volkschulen der Altstadt sind vollständig belegt. Trotzdem in den meisten Schulgebäuden die Klassenzimmer, Lehrer- und Pausenhimmer zu Klassenzimmern eingerichtet sind, bestehen doch noch drei liegende Klassen. Diese können auch vorläufig nicht befeitigt werden, sondern es werden weitere liegende Klassen einzurichten sein, da mit Ostern 1907 eine Klassenzimmermehrung eintreten wird und freie Räume nicht zu Verfügung stehen. Auch müssen die in Peterstraße 1 befindlichen Klassen der Hilfsschule und die Klassen der Altstädtischen Katholischen Volksschule in absehbarer Zeit anderweit untergebracht werden. Die Fortschreibung des Schulbaus in der Prälatenstraße ist nicht eher möglich, bis die Klassen der 1. Bürgerschule gelegt werden können. Ebenso muss daran gedacht werden, für die 1. Volksschule, die sich in dem alten Schulgebäude Breiteweg 109 befindet, dessen Niederlegung wohl in nicht allzu ferner Zeit erfolgen dürfte, andre Räume bereit zu stellen. Ferner werden, sobald die Frage über Einziehung der auswärts wohnenden, hier aber beschäftigten Lehrlinge geklärt ist, 4 Klassenzimmer erforderlich, um die 800 fortbildungspflichtig werdenden Schüler unterbringen zu können. In die neue Schule will der Magistrat die Diekenergschule verlegen; die dadurch im Schulgebäude Straßburgerstraße 12 frei werdenen Klassenzimmer würden Platz für die Klassen der Altstädtischen Schulen geben. —

Der Ausstand der Modeltschüler bei Ueters ist wegen Ablehnung der geringfügigen Lohnforderung noch nicht erledigt und die Werkstatt auch ferner zu meiden. —

Die Kornmacher bearbeiten weiter im Ausstande, da die Arbeitgeber gerade in den wichtigsten Fragen kein Entgegenkommen beweisen. Wenn die Herren auch in einer etwaigen zweiten Verhandlung bei ihrem ablehnenden Standpunkt bleibend, dann liegt die Möglichkeit vor, daß das Hauptgeschäft in diesem Jahre für Magdeburg verloren geht. Aber nicht die Arbeitnehmer haben daran schuld, wie die Herren Arbeitgeber behaupten, sondern lediglich der prozessuale Standpunkt des Herrn Obermeister Reinecke; bei diesem haben sich die übrigen Herren zu bedanken. Streikredner finden sich nicht mit Ausnahme der arbeitswilligen Elemente aus dem Krüppelheim in Cracau, wovon Reinecke befreit hat. Streikredner muss also vor allen Dingen von Magdeburg fern gehalten werden. —

Die „gelbe“ Gewerkschaft hält bald an jedem Sonnabend „gut besuchte“ Versammlungen ab. Was dort geredet wird, ist immer das alte Lied. Man läßt an jedem Abend zehnmal und mehr der Sozialdemokratie das Leben leicht aus und am nächsten Abend muß man wieder von neuem anfangen, weil der rote Drachen immer noch lebt. Unter den schwürenden Sittichen des Geheimen Baurats Mackensen und des Amtsgerichtsrats Berlin, die sorglich darüber wachten, daß die Reichstreiter nicht einen andern Kurs einschlagen als es der Reichsverteidigungsverband will, müssen sich die Mitglieder außerordentlich wohl fühlen. Schon schwist ihre Zahl riesenhaft an — ganze 200 sollen es angeblich schon sein. Wir Sozialdemokraten leben schon in einer Höllenangst vor den Scherzen, die uns die „Gelben“ noch bereiten werden. Um so mehr als schon „verschiedene bemittelte Herren“ den treuen Arbeitern ihre Unterstützung zugesagt haben. Da für dürfen diese Braven denn auch dafür streben, „sowiel wie möglich ihre Lage zu verbessern, allerdings nicht auf dem Wege des blauen Forderns, sondern auf dem der Verständigung mit dem Arbeitgeber“. Den richtigen Weg zur Verständigung wird der Arbeitgeber schon finden. Die „Macher vom Hause“ haben übrigens große Rosinen im Sack. Sie denken sogar schon an die Gründung einer eigenen Zeitung. Wie wär's damit, wenn wir die „Volksstimme“ als Unterhaltszeitung beilegen würden? Beide Teile kommen dabei auf ihre Rechnung. Unser Lesern werden einige vergnügte Stunden bereit und die christlicheren Leistungen der Herren Autoren finden weite Verbreitung. Auch einen Arbeitsnachweis will man einrichten. Wozu denn? Solche Viehlinge des Unternehmers werden doch niemals arbeitslos werden! Das angebliche anfängliche Mißstrauen der Arbeitgeber soll, was wir gern glauben, immer mehr im Schwinden sein. Solche Leute halten sich die Herren warm und zählen ihnen gelegentlich sogar einen Judasstab, aber auf die Straße werfen sie sie nicht. Dazu sind die unbarmhärtigen Arbeitnehmer da. Aber trotz dieses Vorteils halten wir es mit den Unbarmhärtigen. Sie haben wenigstens einen eigenen Willen und haben Charakter, was man bei den „gelben“ Herren rechtlich nicht.

Die Erhöhung des Portos im Ortsterverkehr. Die Befestigung der seit dem 1. April 1900 bestehenden Ausnahmetarife für Postkarten, Geschäftspapiere und Wertproben im Ort- und Nachbarortsterverkehr tritt, wie wir schon ankündigten, bereits vom 1. Juli ab ein. In der Verfügung des Postministers heißt es wie folgt:

Vom 1. Juli ab werden die zurzeit im Ort- und Nachbarortsterverkehr bestehenden Ausnahmetarife für Postkarten, Geschäftspapiere und Wertproben aufgehoben. Von diesem Zeitpunkt ab sind die bezeichneten Versendungsgegenstände nach der Fernpostage zu frankieren. Im weiteren wird vom 1. Juli ab die Gebühr für außergewöhnliche Zeitungsheften für je 25 Gramm jedes einzelnen Beilage-Gemütsblatt von 14 auf 12 Pf. erhöht. Die blauen Postkarten können unter Aufsicht von Steuermärkten zu 8 Pf. weiter verwendet werden. —

Es wird wenig Leute geben, denen diese Portoerhöhung angenehm ist. Der kleine Mann, der Handwerker, der Arbeiter und nicht zuletzt die Geldwirtschaft werden durch die Erhöhung schwer belastet. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß im Ort- und Nachbarortsterverkehr der Verbrauch an Postkarten erheblich zurückgehen wird. Dagegen ist zu erwarten, daß sich im Telephonverkehr eine gewisse Zunahme der Ortsterverkehre bemerkbar machen wird. In Fällen, wo man bisher jenseit einer 2-Pf.-Marke benötigte, wird man, soweit dies irgend möglich ist, zur Übermittlung fischer Nachrichten den eigenen Fernsprechapparat bei einem Bekannten usw. benutzen.

Von den Erhöhungen, die am 1. April 1900 eingeführt werden sind, bleibt nichts bestehen, als daß das Porto für den gewöhnlichen Brief bis zum Gewicht von 250 Gramm im gesamten Ort- und Nachbarortsterverkehr wie bisher 5 Pf. beträgt; alle übrigen Ausnahmetarife fallen weg. Die Portoerhöhungen, die am 1. Juli eintreten, sind folgende: Für Postkarten von 2 auf 3 Pf. für Drucksachen bis 50 Gramm von 3 auf 5 Pf., von 50 bis 100 Gramm von 5 auf 8 Pf., von 100 bis 250 Gramm von 8 auf 10 Pf., von 250 bis 500 Gramm von 10 auf 20 Pf., von 500 Gramm bis 1 Kilogramm von 10 auf 30 Pf. für Wertproben bis 250 Gramm von 3 auf 10 Pf., über 250 bis 500 Gramm von 10 auf 20 Pf. für Geschäftspapiere bis 250 Gramm von 5 auf 10 Pf., von 250 bis 500

Gramm von 10 auf 20 Pf. und von 500 Gramm bis 1 Kilogramm von 15 auf 30 Pf.

Das Porto für Ortbriefe beträgt ebenfalls 5 Pf. bis zum Gewicht von 250 Gramm, ist also nicht höher als das für Postkarten. Das steht in gar keinem Verhältnis zueinander. In der Natur der Sache liegt es, die Postkarte billiger zu befördern als den Brief. Für den Ortbrief aber das Porto auf 10 Pf. zu erhöhen, das wird selbst der Steuerbüttigste nicht riskieren. Man muß nur seine Verbunderklärung darüber aussprechen, daß die Abschaffung der blauen Postkarte so ohne jeden nennenswerten Protest vor sich gehen könne. Der deutsche Michel läßt sich in aller Gemüthsart das Fell über die Ohren ziehen und sagt obendrein noch „daute schön“ dazu. Über auch der Kugel geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Schließlich finden sich keine Hilfsquellen mehr, dem Reichsdales abzuhelfen, und man muß wohl über hiel den Vorschlägen der Sozialdemokraten folgen, wie man die Reichseinnahmen aufzubringen hat. —

Unfälle. Am Dienstag vormittag verunglückte in der Maschinenfabrik Buckau der Schlosser Arthur Krieger aus Buckau, indem ihm ein Schleuderkopf gegen die rechte Schulter flog. — Dem Arbeiter Bernhard Gösch aus Sudenburg schlug am Dienstag vormittag in der Fabrik Müller u. Weichel ein Pferd derartig gegen den rechten Unterschenkel, daß derselbe gebrochen wurde. Die Verletzten wurden im Sudenburger Krankenhaus aufgenommen. —

Jeder ein Agitator!

Ist das möglich, daß jeder Arbeiter seiner Partei ein Agitator sein kann? Gewiß! Und jeder Arbeiter sollte es auch sein. Freilich ist nicht jeder in der Lage, als Redner aufzutreten; nicht jeder ist imstande, das in freier Rede in einer vielsprachigen Versammlung zum Vortrag zu bringen, was sein Tuneres bewegt.

Auch schriftstellerisch können sich die wenigsten Arbeiter betätigen, die Schulbildung, die den Kindern des werktätigen Volkes zuteilt wird, reicht dazu nicht aus. Was auf der einen Seite zuviel — an Gesangbuchversen, Bibelsprüchen und biblischen Geschichten — geboten wird, muß an andern Fächern gelöscht werden. Und wie wenig Arbeitern ist es vergnünt, sich selbst weiter zu bilden!

Trotzdem kann sich jeder Arbeiter seiner Partei nützlich machen, kann jeder Klassenbewußte und zielflare Proletarier seine Ideen propagieren: Was der einzelne nicht vor Hunderten in öffentlicher Versammlung sagen oder vor Tausenden in einer Zeitung schreiben kann, das vermag er einem, zweien oder dreien seiner Kameraden auszuhändigen. Und das kann tatsächlich geschehen. Hunderte von Partikommunisten bieten Tag für Tag Gelegenheit, auf die Ursachen der Not hinzuweisen, die Hunderttausende bedrückt.

Neben dieser unanständlichen Agitation von Mann zu Mann kann der einzelne auch seiner Partei dadurch nützen, daß er fortgesetzt für die Verbreitung des Parteiblattes wirkt. Die Agitation durch die Parteipresse ist die erfolgreichste und deshalb ist auch die Agitation für die Parteipresse eine vornehme Pflicht jedes Gesinnungsgenossen. Wer jemals Abonnement eines sozialdemokratischen Blattes gewesen ist, der weiß die Bedeutung dieser schneidigen Waffe des Proletariats zu widerstehen und begreift auch die Wut der gegnerischen Presse.

Welch enormer Fortschritt wäre das, wenn jeder unserer Anhänger zum Quartalswechsel auch nur einen neuen Abonnenten gewinne!

Jeder sei Agitator!

500 Menschenleben in Gefahr.

Eine Dampferkollision, die um ein Haar unabsehbares Unglück über Hunderte von Familien gebracht hätte, ereignete sich am Montag abend gegen 9 Uhr auf der Stromelbe oberhalb der Strombrücke. Der Raddampfer „Kronprinz Wilhelm“, ein schon sehr altes Schiff, das der Schiffsreicher Bernhard von hier von einer sächsischen Schiffahrtsgesellschaft vor mehreren Jahren käuflich übernommen hatte, und das mit Vorliebe zu Schülerausflügen und Exkursionen von Vereinen benutzt wurde, kam am Montag abend von einer Fahrt nach Dötzheim zurück. An Bord befanden sich die Schüler der ersten vier Klassen der Sudenburger Volksschule und einiger Klassen der Volksschule in Groß-Ottmarschen. Mit den Angehörigen der Kinder, den Lehrern, Mästern usw. mögen sich zirka 500 Personen auf dem nicht sehr großen Dampfer befunden haben. Konzentriert ist derselbe zu 40 Personen auf dem Oberdeck und je 80 in der vorderen und hinteren Kajüte, er war also voll beladen.

Geführt wurde der Dampfer vom Besitzer, dem Kapitän Otto Reinecke hier. Um nun an die für den Dampfer bestimmte Landungsbrücke, die sich an dem östlichen Ufer in der Mitte zwischen der Strombrücke und dem Südschen Strombad befindet, anlegen zu können, muß das Schiff sich drehen, ein Manöver, das bei jedem Fahrwasser nicht die geringste Schwierigkeit bereitet. Am Montag war die Situation aber insfern kritisch, als der Raum, auf dem sich diese Wendung zu vollziehen hatte, bedenklich eingengt war, denn einen unterhalb des Strombades vor Akten liegenden Oderländer Felsen, der den Stromkreis bereits an Bord hatte, aber nicht abschwimmen konnte, weil um diese Zeit der Kettenrumpf II mit einem größeren Schleppzug das mittlere Foch der Strombrücke gesichert hielt. Der Kettenrumpf befand sich in Fahrt und hatte die Strombrücke bereits passiert. Schrecklich war vom lehren dem ankommenden „Kronprinz Wilhelm“ Zeichen mit der roten Flagge gegeben worden, glaubte der Schiffsführer des letzteren doch, das Wenden auszüden zu können, um vor dem Kettenrumpf noch die Anlegestelle zu erreichen. Dieses Vorhaben hätte um ein Haar eine Katastrophe herbeigeführt, wie sie vor einigen Jahren dem Dampfer „Prinzess“ in Hamburg passiert ist.

Nach dem Riedergeschrei des Aufsatz auf dem „Kronprinz Wilhelm“ begann sich dieser zu drehen und stieß mit der Backordnung, auf den Radhäusern und Ped., mit dem Steuern des Kettenrumpfs, der an dieser Stelle ebenfalls ein eisernes Steuerruder besitzt, zusammen. Durch den Zusammenstoß wurden die vielen Kinder, die sich auf dem derselben Dampfer befanden, recht unruhig durchschlagen. Der drohende Panzer wurde Herr Reinecke nur dadurch Herr, daß er sofort die Muskulatur ließ. zunächst merkte niemand, daß den Passagieren etwas von dem lief, das der Personendampfer erhalten habe. Es gelang noch, denselben an die Landungsbrücke zu bringen.

Schwer war dies aber geschehen, als auch schon von einigen Personen bemerkt wurde, daß Wasser im Schiff sei. Einfürchterliches Schreien und Rufen hob sogleich an. Alles was in der Nähe anwesend war, Schiffer, die Gäste des Südschen Strombades, der zum Glück nicht dabei unter Dampf liegende Nordische Salzquellen-Dampfer „Erich“, der eine große Anzahl von Kindern übernahm; alles beteiligte sich daran, um die weinenden und schreienden Kinder von dem Überbordspringen abzuhalten. In verhältnismäßig kurzer Zeit hatte sich denn auch glücklich die Entfernung des schon am Heck sinkenden Dampfers vollzogen. kaum war der Letzte an Land, als auch schon die Wellen der Elbe über das Hinterteil des Schiffes spülten. Gegen 10 Uhr, nachdem die Schiffsmannschaften noch ihr bisschen Haben und etwas Einrichtungsstücke an das Land geschafft hatten, versank der Dampfer in den Fluten der Elbe. Zurzeit ragen nur die Oberbauten und der Schornstein aus dem Wasser hervor. Abgesehen von einer größeren Anzahl von Hüten, Mützen und Schirmen, die bei dem Gedränge ins Wasser gefallen waren, und einigen leichteren Kopftüchern, die einige Schüler bei dem Zusammenstoß abgetragen hatten, sind weitere Schädigungen, vor allem Verluste an Menschenleben, nicht zu beklagen.

Gewiß Hunderte, die heute ihre Lieblinge im Arm halten, freuen sich, daß es ohne Verluste abgegangen ist. Es drängt sich aber doch jedem Unbefangenen angesichts dieses Vorfalls die Frage auf: Wen hätte die Schuld getragen, wenn der Dampfer ein größeres Heck erhalten hätte und er inmitten der Elbe gesunken wäre? Wie sah es insbesondere mit den Rettungsvorrichtungen aus? Wieviel Rettungsgüter waren an Bord? Wir zählten am Dienstag früh drei Stück, die am Ufer lagen. Vielleicht sind die andern mit untergegangen. War auch das Auftreten des Herrn Wernerke bis zum letzten Augenblick ein durchaus korrektes, so wird die Frage noch zu beantworten sein, ob er als alter Schiffsführer bei der enormen Verantwortung, die er gerade am Montag abend auf seinen Schultern ruhen hatte, die Wendung seines Dampfers in einem Augenblick vornehmen durfte, in dem das Gefüge nicht über alle Zweifel sicher schien. Bei dem Misstrauen, das sich seit Montag abend weiter breite, bemächtigt hat, wird die Behörde alles tun müssen, um dieses Misstrauen durch eine gründliche Prüfung der Personendampfer auf ihre Sicherheit und durch Bekanntgabe der Resultate zu zerstören. —

Meine Chemie.

Ein Lustmord.

Die 13jährige Emma Bartels aus Hinterdorf wurde am Sonntag nicht vor dem Orte Fleestedt bei Lüneburg (Provinz Hannover) mit Gewalt in ein Kornfeld verschleppt, wo an ihr ein Sittlichkeitsverbrechen begangen wurde. Der Täter hat dem sich heftig sträubenden Mädchen den Hals durchgeschnitten und ist entflohen. Das Kind hatte noch so viel Kraft, aus dem Kornfeld an den Wegrand zu kriechen, wo es verblutete. Ein des Beges kommender Landfahrer entdeckte die noch warme Leiche. Die Leiche wurde jedoch nicht gleich fortgeschafft. Sie lag vielmehr am Montag noch bis zum Abend an der Haustüre, weil das Gericht sie erst befestigen wollte. Die Polizei verhaftete den Tischlergehilfen Buchholz aus Fleestedt unter dem dringenden Verdacht des Mordes. Die bei der Leiche des Mädchens befindlichen Fußspuren passen auf Buchholz. —

Im Streit erschossen.

Am Montag nachmittag erschoss in Boppard der Gastwirt Ritter, bei dem fast ausschließlich Italiener verkehrten, einen seiner Gäste, als dieser, nachdem ihm von der Tochter des Wirtes ein Glas Bier verweigert worden war, sich selbst einschenken wollte. Infolgedessen herrschte unter den Italienern in Boppard heftige Erregung. Sie duldeten die Fortschaffung der Leiche nicht mehr, als bis Ritter geschlossen abgeführt wurde. —

Giftmischer.

Das Elberfelder Schwurgericht verurteilte den städtischen Oberassistenten Fuhrmann wegen gemeinschaftlich mit der jetzt verstorbenen Ehefrau des Wirtes Göbel verübten Giftmordes an dem Chemnitzer der Göbel zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Fahrverlust. —

Opfer eines Gehauens.

In einem großen Gebäuden erstickte ihr Mutter Franz Bielen in Nicolai, der sich auf das Heu zum Schlafen gelegt hatte. Sein Kollege war infolge des Brandes in eine tiefe Ohnmacht gefallen, doch waren bei letzterem die Wiederbelebungsversuche von Erfolg begleitet. —

Tragödie.

In Lüttich tötete eine junge Witwe, die untröstlich über den Verlust ihres Gatten war, ihr vierjähriges Kind und sich selbst durch Kreuzverdau. — Der Schuhmachermeister Rüsing in München erschoss seinen 14jährigen Jungen, unternahm einen Mordversuch an seiner Ehefrau und einem anderen Knaben, der mitsang, und verübte hierauf Selbstmord. — Im Streit erschlug in Lübeck der elfjährige Sohn des Arbeiters Beckau den neunjährigen Sohn des Arbeiters Schröder. —

Leichte Nachrichten.

* Eisen (Ruhr), 26. Juni. Begegn Petras militärischer Gebrauchsweise wurden zwei Arbeiter der neu errichteten Werke verhaftet. Die Verhafteten, die Arbeiter Schäfer und Sattler, werden beschuldigt, Zeichnungen von Kanonen und Feldlungen angefertigt und sie an eine fremde Macht verkauft zu haben. Der eine der Gefangenen mäßigte sich in letzter Zeit durch aufzufindende große Geldausgaben verdächtig. Wie fortgesetzte werden könnte, hat er bereits größere Beträgen für verkaufte Zeichnungen erhalten. — So meldet die Sammlung Post. —

* London, 26. Juni. Im Unterhause stellte gestern der Abg. Straus die Frage an den Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey, ob er mit dem französischen und dem deutschen Gesandten in Beratung treten könnte. Vermischte Gedanken einer gemeinsamen Rente in welchen aus Gründen der Humanität gegen die Bedankung der Juden in Sachlande einzutreten erlaubt wären. Grey erwiderte, daß ein bereits angebotenen Gründen könne die Regierung das ihr zugemutete Vorhaben nicht zu eigen machen. — Seine Worte erregten, ob die deutschen Vertreter doch den Frieden aufzugeben und aus dem Grunde auszuweichen, weil sie wegen des Antikriegs mit den deutschen Arbeitern in Friedenskämpfer Beziehung unerträglich seien. Parlamentsunterstützender Bismarck erwiderte, die deutsche Polizei habe die Wahrheit, die Ausländer anzusehen, die aus irgend einem Grunde für unerwünscht gehalten würden. Der britische Vertreter in Berlin habe Nachforderungen angeholt und könne keine Hilfe mitteilen, in denen ausländische Arbeiter lediglich aus dem angeführten Grunde ausgewiesen werden seien. —

Wettervorherfrage.

Mittwoch den 27. Juni. Mäßige westliche Winde, veränderliche Bewölkung. Leichte Regenfälle; Temperatur nicht erheblich verschieden.

Warenhaus GEBR. BARASCH

Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Lebensmittel!

Tilsiter Käse	$\frac{1}{4}$ Pfund	19	Pf.
Schweizer Käse	$\frac{1}{4}$ Pfund	23	Pf.
Zitronen, große Messina-	Dutzend	58	Pf.
Mostrich	Pfd.	10	Pf.
Neue Kartoffeln	Pfd.	8	Pf.
	5 Pfd.	38	Pf.
Holl. Gurken	17 und	19	Pf.

zu Extra-Preisen!

Dörr-Gemüse

Suppengrün	$\frac{1}{4}$ Pfund	11	Pf.
Karotten	$\frac{1}{4}$ Pfund	11	Pf.
Schnittbohnen	$\frac{1}{4}$ Pfund	38	Pf.

Soweit Vorrat

Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonnabend

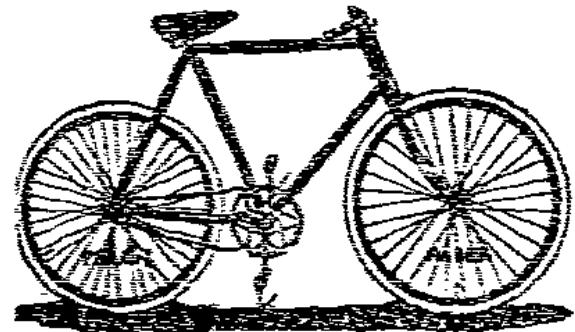
Zucker-Honig	Emaile-Topf 5 Pfund Inhalt	1.55
Zucker-Honig	Emaile-Topf oder Eimer 10 Pfund Inhalt	2.65

Fruchtsäfte

Oelsardinen	Marke "Exquisite" Doje	35	Pf.
Oelsardinen	Marke Mart Turrot Doje	48	Pf.
Ungarwein	herb und saß $\frac{1}{2}$ Liter-Fl.	75	Pf.

Von heute ab

derlaufe ich von den
diesjährigen Titania- und Parade-Rädern
unter volljähriger Garantie nachstehende Modelle zu folgenden
sehr ermäßigten und billigen Preisen:



Herren-Tourenrad Titania Nr. 1	70	x
Herren-Tourenrad Titrate Nr. 4	82	x
Halbrenner Parade Nr. 5	85	x
Strassenrenner Parade Nr. 7	100	x
Herren-Tourenrad Parade Nr. 8 (Gelenktr. doppig)	105	x
Halbrenner Parade Nr. 11	110	x

Damenräder

Damenrad Parade Nr. 21	98	x
Damenrad Parade Nr. 24	130	x

Die Preise verstehen sich netto stände mit Gledde und Latern.



Magdeburg — Breiteweg 264
Scharnhorstplatz.

Delikatess-Margarine „MOHRA“

Die Elitemarke Deutschlands.

Neuste Auszeichnung:

3548

Goldene Medaille und Ehrenpreis der
Ersten Westdeutschen Kochkunst- und Fach-
Ausstellung des Barmer Wirtvereins, Barmen.
Mai 1906.



Buckau
Tapeten, Linoleum
und Polsterwaren
billigsten Preisen. 1227

Walter Ruft

Großmärkte für 29-30.

Billige Stiefel

nur Altes Brücktor 2

Isolde

feinste Kochstärke für dunkle
Stoffe, Satin, Blusen, Waschkleider usw.

empfiehlt

1814

Konsum-Verein Hennstadt-Magdeburg.

Wasche mit
Henkel's
Bleich-Soda
überall zu haben

Bis früh um fünf

ist jeder Fußboden steinhart trocken, welcher abends mit
Pranges Bernstein-Oellack mit Farbe
gestrichen worden ist. Derjelbe trocknet ohne nachzuflecken,
ist vorzügliche Deckkraft und ist an Glanz und Haltbar-
keit unübertroffen. 2 Pfd. 1.50 Mk., 5 Pfd. 3.50 Mk.,
10 Pfd. 6.80 Mk. inkl. Büchse, ausgewogen 1 Pfd.
65 Pf., bei 10 Pfd. à 60 Pf.

Erwin Prange, Lackfarben-Fabrik
Berlinerstrasse Nr. 29, Ecke Schmiedehofstrasse.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 146.

Magdeburg, Mittwoch den 27. Juni 1906.

17. Jahrgang.

Unternehmersolidarität.

Unserm Dortmundner Parteiorgan ist ein vertraulicher Bericht über eine Sitzung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeber-Verbände zugeslossen, der für unsre Leser deshalb von großem Interesse ist, weil er zeigt, wie diese Scharfmacherorganisation, eine Gründung des Herrn Bued, beim Magdeburger Kutschertreff eingegriffen hat. Wir geben den Bericht daher wieder. Er lautet:

Hauptstelle deutscher Arbeitgeber-Verbände

Berlin W. 35, Am Karlsbad 4a.

Rundschreiben Nr. 11-06.

U.-B. Nr. 1352. Berlin 7. Juni 1906.

Betrifft die Sitzung des Ausschusses der Hauptstelle deutscher Arbeitgeber-Verbände in Berlin 21. Mai 1906.

An die Mitglieder der Hauptstelle deutscher Arbeitgeber-Verbände.

Aus der Sitzung ist folgendes mitzuteilen:

1. Der Geschäftsführer der Hauptstelle verbreitete sich zunächst in seinem Geschäftsbereich über die Tätigkeit der Hauptstelle im vergangenen Jahre. Die Zahl der Eingänge betrug im Jahre 1905 insgesamt 1886, die der Ausgänge 11662. An Rundschreiben sind 17 erlassen worden, an Mitteilungen 18 hinausgegangen. Von den Berichten der Hauptstelle sind bisher Heft 1 und 2 erschienen. Ferner sind zwei Broschüren veröffentlicht worden; die eine (Bued-Leidig) beschäftigt sich mit dem Bergarbeiterstand, die zweite (Tünzler) soll eine Propaganda für die Hauptstelle darstellen. Der Presse sind in vielen Fällen Notizen zur Veröffentlichung gegangen. Agitationstreisen haben die Geschäftsführung in die verschiedensten Gegenden Deutschlands geführt, zum Beispiel nach Dresden, Hildesheim, Oberschleiden, Hannover. Überall sind zugleich Vorträge über den Zusammenschluß der Unternehmer und die Hauptstelle deutscher Arbeitgeber-Verbände gehalten worden, ebenso auch in Berlin in der Versammlung des Verbandes deutscher Tonindustrieller. Versammlungen der Mitglieder hat die Geschäftsführung besucht in Hagen, in Düsseldorf, in Herford, in Magdeburg, in Chemnitz.

Die Beratungen zur Aufstellung einer Streifklausel für die Textilindustrie haben zu einem Vorschlag der hierzu gewählten Kommission geführt. Dieser Vorschlag wird demnächst den Textilverbänden vorgelegt werden zur Entscheidung.

3. Zur Beratung standen ferner die Anträge zweier Arbeitgeber-Verbände auf eine Beihilfe durch die Hauptstelle.

In Magdeburg war Anfang April ein Streik der Kutschertreiber und Transportarbeiter in den Speditionsbetrieben und Möbeltransport-Unternehmungen ausgetragen, der mit außerordentlicher Erbitterung einsetzte und geführt wurde. Neben der Erlangung von Lohn erhöhungen und Arbeitszeitverkürzung handelte es sich hier-

bei vor allen Dingen darum, daß die Unternehmer von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsleitung gezwungen werden sollten, sich schriftlich der Gewerkschaft gegenüber zur Einhaltung der Arbeitsbedingungen zu verpflichten. Die Lage der Fuhrwerksunternehmer war das Schäbelschlamm, weil der Ausstand gerade in die Hauptaison (Umzugstermin) fiel und weil die Unternehmer infolge der Nichtbeschäftigung der Gespanne erheblich einen Schaden befürchten mußten. Der Arbeitgeber-Verband Magdeburg nahm sich der bedrangten Unternehmer mit großer Energie und mit großem Geschick an und es gelang ihm, auch die schwachen und besonders gefährdeten Unternehmer zu halten. Der Verband ist erst eine ganz junge Gründung, die infolgedessen noch auf schwachen Füßen steht. Deshalb wandte er sich an die Hauptstelle um Hilfe. Der Ausschuß erkannte an, daß die Voraussetzungen zum Eintreten der Hauptstelle gegeben waren und entsprach dem Antrage des Verbandes.

Weiter lag ein Antrag des Arbeitgeber-Verbandes des deutschen Braunkohlen-Industrievereins auf Unterstützung durch die Hauptstelle vor. Auch in diesem Falle wurden die Voraussetzungen für das Eintreten der Hauptstelle für gegeben erachtet. Es folgt nun eine Darstellung des mitteldeutschen Braunkohlen-Bergarbeiterkreises nach der Unternehmerraufstellung, und schließlich heißt es: Das Eintreten der Hauptstelle hatte denn auch den Erfolg, daß der Streik unmittelbar nach Bekanntwerden des Beschlusses der Hauptstelle abgebrochen wurde. Erfolge hatten die Streikenden nicht erreicht, da die erzielblich erreichten Zugeständnisse bereits seit Beginn des Streiks fast von allen Werken zugesagt worden waren.

Man sieht auch aus diesem Altenstück wieder, was wir schon so oft betont haben: die Organisation der Arbeitgeber hat heute eine bedeutende Macht und sie macht rücksichtslos Gebrauch von ihr. Sie hat den Gewerkschaften mancherlei obgegaukt. Sie sendet Agitatoren aus, die für die Organisation werben, sie verbreitet Broschüren, unterrichtet die Zeitungen und unterstützt bedrangte Unternehmer mit Bargeld. Bei der Bekämpfung des Magdeburger Kutschertreffs haben diese Unterstellungen der Fuhrherren durch Geld eine ziemlich bedeutungsvolle Rolle gespielt und ohne sie hätten die Kutschter ihren Streik glänzend gewonnen.

So wirkt die Solidarität im Unternehmerlager. Mögen die Arbeiter daraus lernen! —

Das sind die Rüttungen der Unternehmer zur Lohnbewegung. — Die Industriekräfte Gustrikau haben allen in ihren Betrieben beschäftigten organisierten Arbeitern zum 7. Juli gekündigt, weil die seit etwa drei Wochen ausständigen Arbeiter der Firma Schiffmann u. Steinerz die Arbeit nicht aufgenommen haben. Etwa 600 Arbeiter werden von dieser Maßregel getroffen. — Die Schreinergesellen haben in den Werkstätten von Oberhausen, in denen eine elbständige Arbeitszeit besteht, die Kündigung eingerichtet; sie verlangen härtere Arbeitsdauer. — In Duisburg sind alle Plattenleger in den Ausland getreten; sie verlangen eine Lohn erhöhung. — In der Münchener Metallspielwaren-Fabrik ist Montag der Streik ausgetragen. — Die Arbeitgeber des Lößnitz- und Osewiger gewerbes Deutschlands beschlossen die Gründung eines deutschen Verbandes. Obermeister Thiele-Berlin wird Verbandsvorsitzender. —

Über die Generalversammlung des Berliner Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes berichtet ein Montagsblatt: Der von den Revisoren erstattete Kostenbericht für das erste Quartal 1906 schließt ab mit einem Bestand von 438 055 Mark in der Hauptkasse und 366 516 Mark in der Volkkasse. Einen ungemein stürmischen Verlauf nahmen die Verhandlungen, als der Streit Cohen mit der Partei anhängig der Maßregelung in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zur Erörterung gelangte. Zeitweise war der Raum so groß, daß der überwachende Polizeileiter zum Helm griff und Wiene mache, die Verammingung aufzulösen. Von verschiedenen Rednern wurden die heftigsten Angriffe gegen Cohen gerichtet, dem man vorwarf, er habe die Genossen wesentlich getäuscht. Einzelne Redner regten an, der Gesamtvorstand möge seine Meuter niederlegen. Cohen verteidigte sein Verhalten in langer Rede in erregter Weise. Er habe selbst schon daran gedacht, das Ausschlußverfahren gegen sich zu beantragen, um Rechtsfestigung zu finden; aber er wolle nicht den Vorwurf auf sich laden, daß er im entscheidenden Augenblick "Inseide". Nach hütiger Debatte bei der die Aufänger und Gegner Cohens hart aneinander gerieten, wurde schließlich eine Kommission gewählt, die untersuchen soll, wen die Schuld bei dem Maßregelkampf trifft. Während der Verhandlungen kam es plötzlich zu einem interessanten Zwischenfall. Als der Versammlung heraus erklang plötzlich der Ruf: Die Bühne ist mit Polizei besetzt! Hinter dem Vorhang drängten sich die Schutze! Einige Versammlungsteilnehmer drängten darauf in die hinter dem herabgelassenen Vorhang gelegenen Bühneräume. Sie kamen mit der Mitteilung zurück, daß hinter dem Vorhang eine ganze Anzahl von Schlägern posiert sei, von denen sich einige die Zeit mit Satzspielen vertrieben. Die Versammelten nahmen diese Nachricht mit erregten Kundgebungen auf. Der Vorsteher kündigte eine Untersuchung des Falles an. —

Merkwürdige Anschauung eines Gewerbegegerichts über Tarifverträge. Aus Düsseldorf wird uns berichtet: Vor dem Gewerbegegericht lagte der former C. gegen die Bahndienstabsatz Gröger auf 5,50 Mark rückständigen Lohn, die ihm laut Tarif zustanden. Die Firma erklärt, sie habe den Kläger am 16. Mai eingestellt und nach Leistung bezahlt. Nun ist nach einem Tarifabschluß vom 1. Mai dieses Jahres ein Stundenlohn von 55 Pf. vereinbart. Eine Bestimmung, welche die Firma zu umgehen sucht. Schon in einem früheren Prozeß hatte sich die Firma auf die Begründung gestützt, der Tarif sei nur für die bei ihr am 1. Mai tätig gewesenen Arbeiter abgeschlossen und daher die für später Eintretende nicht maßgebend. Das Düsseldorfer Gewerbegegericht habe sich dieser Begründung in seinem Urteil angeschlossen und angenommen, daß es sich bei dem Tarifvertrag um eine Abmachung der Firma einerseits und den damals bei ihr beschäftigten Arbeitern andererseits handle. Auch in der ersten Verhandlung befindet der Gerichtsvorsteher seine vollständige Unkenntnis über das Wesen des korporativen Arbeitsvertrags und läßt sich der Begründung der Firma an. Dabei ist der Tarifvertrag von den Arbeitervereinigungen (freie Gewerkschaften und Kirch-Dünker) auf ein Jahr abgeschlossen und von ihren Beamten unterzeichnet. Das verfügt aber bei dem Gerichtsvorsteher nicht, er stützt sich nur auf die Überschrift des Vertrags, in der von den dort beschäftigten Arbeitern die Rede ist. Mit diesen Arbeitern könnten nur die damals dort beschäftigten Arbeiter gemeint sein. Zwischen dem Vertreter des Klägers und dem Gerichtsvorsteher kam es, wie nach vorstehendem

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen und Streiks im In- und Ausland. Ein Lohnkampf steht alter Voransicht nach den Berliner Glaser- und Källern bevor. Ihre aufgestellten Forderungen würden von den Unternehmern mit ableidigenden Vingeboten auf Herabsetzung der bisher geltenden Tarifsätze beansprucht. Der alte Vertrag ist zum 1. August seitens der Gehilfen gekündigt worden. — Die Arbeitgeberverbände der Tuchindustrie in Guben, Luckenwalde, Sommerfeld und Finsterwalde, die bisher nur dem Gewerbeverband der Niederlausitz gehörten, sind nunmehr dem Arbeitgeberverband der Lausitzer Tuchindustrie (Forst, Rottweil, Spremberg) beigetreten, so daß dieser Verband, dessen Mitglieder sich gegenwärtig zu unbedingter Solidarität verpflichtet haben, diesen Ortsverbände umfaßt, die zusammen 28 000 Arbeiter beschäftigen.

Genilleton.

[Nachdruck verboten]

Drei Menschenleben.

Von Maxim Gorki. Übersetzt von A. Adler.

(7. Fortsetzung.)

Wenn Zlia abends nach Hause kam, hatte er das erhabene, unnahbare Aussehen eines Menschen, der tüchtig gearbeitet hat und sich nun ausruhen will. Der gar nicht Zeit hat, sich mit Dummheiten abzugeben wie andre Buben und Mädchen. Er flöhte auch allen andern im Hofe Achtung ein, der Knabe mit dem sündigen Wesen und dem Zotte auf dem Rücken, in dem immer grobstöckige Dinge lagen. Der Alte lächelte den Kindern zu und sprach lustig zu ihnen:

"Als Lazarus sind wir gesommen,

Haben die ganze Stadt durchgespaziert,

Und überall was mitgenommen."

"Geh, wasch Dir Deine Fräse ab, Zlia, und komm in die Schenke Tee trinken!"

Zlia schritt in wiegendem Gang in sein Kämmerlein. Die Kinder folgten ihm in einem Rudel nach und betraten behutsam seinen Ort. Nur Pascha versteckte ihm den Weg und sprach fröhlich zu ihm:

"He, Lumpenjäger, zeig, was Du da drinnen hast!"

"Kaunst warten!" erwiderte barsch Zlia. "Erst muß ich Tee trinken, dann werde ich zeigen."

In der Schenke erblickte ihn der Onkel und lächelte ihm freundlich zu.

"Bist auch da, kleiner Arbeiter? Ach Du, mein Einziger! Bist Du müde?"

Zlia hörte sich gern Arbeiter nennen, und nicht allein der Onkel nannte ihn so. Einmal stellte Pascha was an. Santiol ergriff ihn, drückte Paschas Kopf zwischen die Knie und schlug mit einem Stock zu. Dabei rief er:

"Streiche nicht Du, Trigubow, Streiche! Da hast Du da, da! Andre Kinder in Deinem Alter verdienst nicht soviel ihr Brot, und Du kannst nichts als treffen und Kleider zerreißen!"

Pascha schrie, daß es über den ganzen Hof geübt und zappelte heftig mit den Beinen. Die Kinder fielen immer dichter auf seinen Rücken. Mit einem Gefühl von Erregung hörte Zlia die kläglichen und boshaften Lieder seines

Feindes, und die Worte des Schmiedes ließen ihm keine Überlegenheit über Pascha erkennen. Aber bald ersah ihn Mitleid mit dem Knaben.

"Onkel Santiol, laß doch schon!" schrie er plötzlich auf. "Onkel Santiol!"

Der Schmied versetzte seinem Sprößling noch einen Blick dann zu Zlia hin und sprach zornig:

"Schweig lieber! Auch ein Verteidiger! Ich werde Dir schon zeigen!"

Damit schlenderte er seinen Sohn beiseite und ging in die Schmiede. Pascha erhob sich und ging zitternd in den hintersten Winkel des Hofs. Zlia ging ihm nach. Voll von Mitleid. Pascha ließ sich auf die Knie fallen, preßte die Stirn an den Zaun, fühlte mit den Händen sein Kreuz und begann noch lauter zu heulen. Zlia wollte dem arztagenen Feinde etwas Freundliches sagen, brachte aber nur die Frage heraus:

"Zut es Dir weh?"

"Geh fort!" rief der auf.

Das böse Wort beleidigte Zlia und er fuhr belehrend fort: "Siehst Du. Du schlägst alle, jetzt hast auch Du —"

Aber ehe er noch zu Ende gesprochen hatte, warf sich Pascha auf ihn und riss ihn zu Boden. Da Zlia errötete der Zorn, er klammerte sich fest an seinen Gegner und beide rollten wie ein Knäuel auf der Erde. Pascha bis und brachte Zlia bei den Haaren und zog seinen Kopf so lange gegen die Erde, bis Pascha stieß:

"Doch los!"

"Aha!" sagte Zlia, voll Stolz über seinen Sieg flüchtigend. "Dezt haist Du's gesehn! Ich bin stärker als Du! Dezt nimmt an mit mir, sonst geh's Dir wieder schlecht!"

Darauf wischte er mit dem Hemdtäfel sein blutig geblotetes Geicht ab und ging.

Mitten im Hof stand der Schmied und runzelte finstere Augenbrauen. Als Zlia ihn erblickte, ergriff ihn Santiol zitternd stehen. Er dachte nicht anders, daß der Schmied ihn jetzt zu töten wolle wegen der Prügel, die er Pascha verabreicht hatte. Aber Santiol zog nur die Arme und brummte:

"Komm? Was gleyest Du mich so an? Hast Du mich nie gesehn? Schau, daß Du weiter kommen!"

Und abends, beim Tore, erwischte ihn der Schmied, gab ihm einen Klaps auf den Scheitel und fragte ihn mit finstrem Lächeln:

"Wie steht's, Lumpensammler, he?"

Zlia lachte fröhlich, — er war fröhlich. Der ungefährliche Schmied, der stärkste Mann im Hofe, — den alle fürchteten und scheuten, — er ließ sich heroisch, mit ihm zu überzeugen! Denn packte er ihn mit seinen älteren Fingern bei der Schulter und bemerkte zu Zlias Freude:

"Oho! Du bist ja ei' junger Bursche! Du wirst Dich nicht leicht abflügen lassen. Nun watz mir erst! Wenn Du einmal groß bist, nehm ich Dich in meine Schmiede."

Zlia umarmte den riesigen Schenkel des Schmieds und zogte ihn fest an seine Brust. Santiol fühlte vielleicht das Herzen des kleinen Herzens, das infolge der rauen Liebeslösung heftig schlug. Er legte seine höhere Hand auf Zlias Kopf, zwiegte eine Weile und sagte dann herz:

"Geh, geh, Du — — Waisenkind! So los doch schon einmal aus!"

Leuchtenden Auges und fröhlichend ging Zlia diesmal an sein gewohntes Spiel. — die Verteilung der tagsüber gesammelten Restarbeiten. Die Kinder waren schon lange. Sie festen sich rund um Zlia auf die Erde und zogen siegig auf seinen lächeligen Saal. Zlia entnahm dem Saal Abtsmütze von Gretchen, einen hölzernen Solsdaten, der vor Weid seine Farbe gelassen hatte, eine Wiederkänel, ein Womadensüschen, eine Teetasse ohne Henkel, mit zerbrochenem Rand.

"Mir, mir, mir!" erklang ein verschärfiges Geschrei, und kleine, lärmende Hände streckten sich von allen Seiten den letzten Lingen entgegen.

"Warze Dich! Nicht reißen!" befahl Zlia. "Das ist doch kein Spiel, wenn ihr alles auf einmal verdielen! Alle, ich lange an! Wer faust ein Stück Gretchen. — — befiehlt Santiol — — fünfzig kleppen — Pascha, Du?"

"Gefaut!" entwischte Zlia, saß auf seiner Leiter einen schönen Solsdaten und stieß ihn dem Händler in die Hand. Zlia verweigerte die Annahme.

"Hier das ist denn das für ein Spiel? Du mußt doch abhenden, zum Deutfel! Niemals handest Dul! Das gib's doch nicht!"

(Fortsetzung folgt.)

nicht anders zu erwarten ist, zu heftigen Auseinandersetzungen, bis der letztere dem Vertreter das Wort entzieht und sogar mit eventueller sofortiger Bestrafung (Haft) droht. Die Klage wurde abgewiesen. Ein derartiges Urteil blieb bisher in Deutschland einzige Dastchen. Die Grundsätze von Kreu und Glauben haben nach dieser juristischen Auslegeskunst bei Tarifabschlüssen ihren Wert verloren. Die gemaltesten Schermacher und Aussperrungstheoretiker sind bisher nicht auf diesen Gedanken gekommen. —

Der Kampf der ungarischen Regierung gegen die Feldarbeiterorganisation hat in Debreczin zur Verhängung des Generalstreiks sämtlicher Arbeiter geführt und bereits wird angekündigt, dass dieser örtlichen Generalstreik könne sich leicht ein ungarischer Generalstreik entwickeln. Bürgerliche Blätter berichten über die Vorgänge folgendes: Der Sekretär der sozialistischen Parteileitung, Bago, hatte sich am Sonntag mit drei Parteimitgliedern nach der benachbarten Ortschaft Samson begeben, wo sie unter den Feldarbeitern agierten. Sie wurden von Gendarmen nach Debreczin gebracht und dort nach kurzer Verhör freigelassen. Am Montag Nachmittag erschienen zwei Delegierte der Budapest-Zentralleitung in Debreczin, wo nach kurzer Beratung mit den dortigen Führern die Einstellung der Arbeit beschlossen wurde. binnen einer Viertelstunde wurde dieser Beschluss überall durchgeführt. Die Streikenden wollten hierauf eine Versammlung abhalten, doch der Bürgermeister verbot diese. Die Sozialisten wandten sich hierauf telegraphisch an den Minister des Innern, der jedoch das Verbot des Bürgermeisters bestätigte. Nunmehr kündigt die sozialistische Parteileitung dem Minister den allgemeinen Streik an mit der Drohung, dass wenn er bis 5 Uhr nachmittags die Abhaltung der Versammlung nicht gestatte, der Generalstreik in ganz Ungarn proklamiert werden würde.

Schwarze Eiften.

Unsre Leser haben aus mehreren Einseitungen erfahren, daß die hiesigen a n s g e j p e r t t e u Steindrucker obendrein auf die schwarze Liste gesetzt wurden. Bezeichneten wurden die Berghen als Ausgesperrte der Firma Robrahn u. Co., aber die Firma bestriß, daß die schwarze Liste von ihr herstühre. Von wem stammt nun die schwarze Liste? Wir können heute auf diese Frage genaue Antwort geben und erfüllen diese Aufgabe, indem wir folgendes „streng vertrauliche“ Mündschreiben zum Abdruck bringen:

Arbeitgeber-Verband Magdeburg

Magdeburg, den 9. Juni 1906.

an die
Herrn Mitglieder des Arbeitgeber-Verbandes Magdeburg
Magdeburg.

In der Ihnen kürzlich zugegangenen Liste freikender bzw. ausgesperrter Steinbrüder heißtt es „Liste ausgesperrter Steinbrüder und Sitzographen bei der Firma Rohrha u. So.“ Zu Ihrer genauen Information teilen wir Ihnen jedoch nachträglich mit, daß die Liste alle dirigen Steinbrüder und Sitzographen umfaßt, welche von der Aussperrung des Schuhverbandes benijßbar Steinbrudereibesitzer betroffen sind und in denjenigen Steinbrudertümern zu Magdeburg beschäftigt waren, die dem genannten Schuhverbande angehören.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir unsere geehrten Mitglieder wiederholte Darauf aufmerksam, daß alle Beschwerden des Zeitgeber-Verbandes freigewittertlich zu behandeln sind.

క్రిందిన పాఠములు

Arbeitgeber-Verband Magdeburg

Dr. Zittmar, Vorlesender. Dr. Röhrle, Schriftführer.
Dr. Weege, Schriftführerin.

Das Rätsel ist nun gelöst. Der Magdeburger Arbeitgeberstaat erhält hier schon beim Produktivität eine sehr lebhafte

Die Alkoholismus als soziales Problem.*)

Der zweite, aber noch wichtiger erlagt der jährlich stattfindenden
Zahl der deutsamen Entzerrung der Bekleidung der
Szenen für die optimierte Gesamtausleuchtung der einzelnen Szenen-
bezogenen und kreisförmigen Förderung. Mit einem Wort: Die Gestaltung
der Szenen ist ein erhebliches Problem. Dieser Zuwachs bei jeder
Gestaltung der Szenen steuert höher. Gestaltung kann nicht nur gleich
zu den Folgen folgen. Wollte die Szenenentzerrung nicht dem Weg
zu neuen Ausdrucksformen führen, könnte man nur die
feinen geschwungenen Gründchen der Szenen freudig aus-
arbeiten es wäre die geistige Verantwortung, zu einer der unvermeidlichen
Dekadenzformen von der Weise der Römer hinführen zu lassen.
Aber wir können nun bestimmen Experimente stellen,
dass wir es im besten Falle die Beurteilung überzeugen werden
dass dieser Bereich bestehen. Das ist einiges aufzufinden
ausgewandert. Denkt das einzige gewöhnliche einen Siedlungs-
bereich nicht man es als Ergebnis zu einem das Recht
aufzufinden nicht dass der Gott es lieben kann. Und
dann es nicht bei diesen verschiedenen Ergebnissen unterscheiden
dass diese auf einer anderen Seite, die zum Beispiel
die Siedlung nicht

Seitdem ist auch die Stellung des Mannes als ausdrückliche Zeichen der in der sozialen und politischen Entwicklung Berlins die von den Freien und einer Reihe der älteren Freien der Reform im Großherzogtum. Und der Sozialist darf nicht über die ältere und die jüngere Rolle im Großherzogtum aufmerksam werden, wenn er über ein Spezial-Abteilung der für die öffentlichen Beziehungen einzige Begriff und die Ausbildung der Stellung eines sozialen Sozialisten in die neue Sache kommt. Und dann ist die politische Sphäre eines kommunalen Ressortes für Politik, Verwaltung und für Sprache, welche man für die entsprechende Ausbildung der sozialen Stellung notthüm. Die Worte können es in die politische Tätigkeit Berlins, die hier gewünscht haben, dass nur die sozialen Tätigkeiten Berlins, die hier gewünscht haben, dass nur die sozialen Tätigkeiten Berlins,

Tätigkeit entfaltete, hat sich auch des Schutzverbändchens der Steindruckereibesitzer angenommen und kurzerhand alle ausgesperrten Lithographen der Firma Nobrahn u. Co. auf die schwarze Liste gesetzt. Nachdem der Irrtum bemerkt worden war, berichtigte der geniale Geschäftsführer der Magdeburger Scharfmacher sein Versehen, und dieses Kundschreiben hat uns nun der bekannte „günstige Wind“ zugesührt. Es geht aus ihm hervor, daß die Firma Nobrahn u. Co. tatsächlich nicht die alleinige Veranlasserin der schwarzen Liste ist, aber gewußt hat sie doch wohl, wer sie herausgegeben hat. Oder macht der Magdeburger Arbeitgeberverband solche Sachen auf eigne Faust?

Um der Spitze der Beilage dieser Nummer zeigen wir, wie beim Magdeburger Kutschertreik der hiesige lokale Scharfmacherverband und die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände eingegriffen haben. Hier unterbreiten wir unsern Lesern ein neues Dokument, das die Wirksamkeit des Magdeburger Scharfmachers beleuchtet. Sie sind nicht übermäßig geschickt, und erst recht nicht gewissenhaft, dafür aber um so skrupelloser. Denn das ist doch der Gipspunkt scharfmacherischer Brutalität, daß man erst die Arbeiter aussperrt und sie dann obendrein durch schwarze Listen verfeindet in einer Weise, die für viele der davon betroffenen Arbeiter schwere Schädigungen im Gefolge hat. Darüber werden die Gerichte noch ein Wörchen zu sagen haben; die Herren vom Arbeitgeberverbande sollen sich nur nicht einbilden, daß die Arbeiter widerstandslos ihre terroristischen Akte über sich ergehen lassen. Es gibt Mittel, um ihren gewissenlosen Brutalitäten oder brutalen Gewissenlosigkeiten zu steuern, und diese Mittel werden angewandt. Das sollen die Herren noch erleben.

Um übrigen entmutigen solche Akte des Unternehmerterrorismus die Arbeiter natürlich nicht. Sie sehen daraus, wie es gemacht wird und werden für ihre Organisationen die Nutzauswendung daraus zu ziehen haben. Mögen die Echarismaten nur so weiter wirtschaften, „streng vertraulich“! —

Blüte der Parteibewegung.

Schillers Verse sind nicht strafbar, so entschied in Braunschweig das Gericht im Gegensatz zur Halleischen Strafammer die bekanntlich den Redakteur Däumig deshalb wegen Aufreizung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilte. Genosse Dr. Jasper-Braunschweig sollte sich ebenfalls der Aufreizung zum Kläffenhah durch ein Releas in Timmendorf schuldig gemacht haben, in welchem er u. a. die Verschillers aufführte: „Und jetzt ist nicht das Leben ein, wie wird es das Leben geworden sein.“ Genosse J. wurde dieierhalb höchstpenalisch verurtheilt. Das Verfahren ist indessen jetzt eingestellt worden. —

Vor einem Schwindler warnt das „Lüneburger Volksblatt“: Ein gewisser Georg Sündermacher tritt in Parteitreffen als Eduard Bölling aus Dortmund auf und gibt sich als Schwager eines jüngigen „Vorwärts“-Redakteurs, der jetzt in Dortmund war, aus. Er reist als Kurgäst eines Blindenkonzerts einer Hannoverschen Gesellschaft, verkauft Eintrittskarten und versichert dabei auf Nummerwiedersehen. Sein Bestreben ist, Parteidoktoren und ionische Parteigenossen anzupumpen. In Lüneburg ist er der Polizei entwischt. Die Gewissen werden gut tun, ihm heimzuleuchten, soll's et anderswo auftauchen hölste-

Süddeutsche Zeitung. Ein katholischer Kaplan in Mannheim hatte die Gewohnheit, Kinder zu verprügeln, weil sie nicht genug in die Kirche gingen. Als er einem 8½ jährigen, häuslichen Knaben 15 Stockhiebe verabfolgt hatte, die den armen Jungen bös zurückstetternahm die „Bolschewine“ sich des Dieners Christi an und kennzeichnete seine Erziehungsmethode mit der gebotenen Demutlichkeit. Resultat: Der Briefer fragte und der Redakteur antwortete: Mannheimer Parteiorgan wurde mit 50 Mark Geldstrafe belegt, weil er der schlagfertigen Kaplan beleidigt haben soll. Diesen nicht aber hatte das Gericht 25 Mark Geldstrafe wegen der Misshandlung zu bestrafen. Man sieht, um wieviel besser es auf in Baden eingeflogene haben wenn sie nicht Sozialdemokraten sind. Dazu finden sie oft noch nütz-

ஏன் என்று கேட்டதென்னிடம் பல நாள் முன் விரைவாக அறிய விரும்புகிறேன். —

Magdeburger Angelegenheiten.

Braunschweig, 27. Juni 1906.

Detective-Bureaus

Von unserm juristischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Im modernen geschäftlichen Leben finden sich Auswüchse, die gleich giftigen Pilzen aus der Erde schöpfen, und deren radikale und schleunige Beseitigung im Interesse des Allgemeinwohls dringend erforderlich wäre. Infolge von Prehartikeln sind in letzter Zeit erfreulicherweise die Sicherheitsbehörden wenigstens einer Spezies dieser Auswüchse energisch auf den Leib gerückt, nämlich den *Darlehensthindlern*. Es ist zu wünschen, daß sie diese Aufmerksamkeit auch den übrigen Giftpflanzen des geschäftlichen Lebens, deren es eine große Anzahl gibt, schenken. Wir glauben der Allgemeinheit einen Dienst zu erweisen, wenn wir diese Giftpflanzen bei ihrem Namen nennen und ihre Schädlichkeit und Gefährlichkeit näher beleuchten. Unsre heutige Abhandlung sei zunächst der Giftpflanze gewidmet, die sich „*Detectiv-Bureau*“ bezeichnet, und welche sich heute in allen deutschen Großstädten vorfindet. Diese geschäftlichen Unternehmungen, deren Gründer fast ausnahmslos Leute von zweifelhafter Vergangenheit und mit weitem Gewissen sind, kündigen in Zeitungsannoncen an, daß sie sich außer der Auskunftserteilung über Vermögensverhältnisse, Charakter, Vorleben, Lebenswandel von Personen auch mit Herbeischaffung von Beweismaterial zur Begründung von Ehescheidungen sowie zu allen Prozeß- und Privatangelegenheiten befassen. Gerade die letztere Tätigkeit des Detectiv-Bureaus — die Herbeischaffung von Beweismaterial für Durchführung von Prozessen, besonders aber für Ehescheidungsprozesse — erscheint uns, wie auch die Erfahrung bestätigt, in mehr als einer Hinsicht bedenklich und nicht weniger wie einwandfrei. Wenn es in den von den Detectiv-Bureaus ausgehenden Zeitungsinseraten wie gewöhnlich heißt: „stichhaltiges Beweismaterial für alle Prozesse, Ehescheidungen, Meineid, Bekleidigung usw.“, so ist dies keineswegs so zu verstehen, wie es die Inhaber der Detectiv-Bureaus der Behörde, nicht aber ihren Klienten gegenüber glauben machen wollen, daß nach bereits vorhandenen Beweismitteln, die der Prozeßführende nicht ermitteln kann, recherchiert werden soll, z. B., wenn es sich um einen Zeugen handelt, dessen Aufenthalt unbekannt ist, sondern in Wirklichkeit erblicket sich das Bureau, noch nicht vorhandene Beweismittel erstmals zu schaffen. Diese Tätigkeit erwartet auch, wie derartiger Gewerbetreibenden wohl bekannt ist, derjenige, der sich an ein Detectiv-Bureau in einer solchen Angelegenheit wendet. Es liegt schon in der Natur der Sache, daß es bei dieser Art von Beischaffung von Beweismitteln, die unter allen Umständen und mit allen Mitteln erfolgen soll, nicht lauter zugehen kann, sondern begründeter Verdacht besteht, daß dies nur durch Begehung strafbarer Handlungen, wie Urkundenfälschung, Verleitung zum Meineid usw., geschehen kann. Freilich hüten sich die meisten Inhaber der Detectiv-Bureaus, sich für ihre Auftraggeber auf diese Art zu exponieren; sie versprechen zwar denselben, nachdem sie ihnen einen Vorschuß abgeträufelt haben, in ihrem Sinne tätig zu sein, verhalten sich in Wirklichkeit aber unfähig, und behaupten hinterher, daß ihre Ermittlungen keinen Erfolg gehabt hätten. Wie die Detectiv-Bureaus zu verfahren pflegen, zeigt sich am besten in ihrer Tätigkeit in Ehescheidungsangelegenheiten. Ein Ehegatte ist des Ehejochs müde und möchte sich gern scheiden lassen. Der sehr gut weiß, daß ihm kein gesetzlicher Ehescheidungsgrund zur Seite steht, wendet er sich an ein Detectiv-Bureau, damit dieses einen Ehescheidungsgrund — gewöhnlich ist es Ehebruch — mit Hilfe von Zeugen konstruieren soll. Der andre Ehegatte wirkt von einem oder mehreren Recherchateuren des Bureaus — in der Regel auch sehr zweifelhaften Individuen — dahin beobachtet,

Übereinstimmung mit dem Gesamtbild der Frau. Zugleich auch die Lachache erlaßt, daß gerade um Gründenlängen der Übersicht die ungeheuerlichsten Höhen erreicht hat.

Über warum ist alles das gerade ein erotisches Problem? So wird man gewiß fragen. Nun, aus einem ganz einfachen Grunde: weil die genannten Rassenmerkmale der mittelländischen Frau zugleich auch ihre sekundären Geschlechtsmerkmale sind. Es sind die physischen Unterschiede, die in erster Linie die Einne des Mannes irritieren und je nach dem Grade ihrer Vervollendung und Entwicklung eine Frau mehr oder weniger begehrswert machen. Das Rassenmerkmal der schlanken Taille zu zeigen — um bei einem zu bleiben — bedeutet demnach gar nicht anders, als die Demokratien sinnlich wirkender Körpertreize. Weil aber das Bestreben gleichzeitig und vor allem beständig darauf hinausgeht, zu vergrößern und zu übertreiben, so müssen wir unbedingt folgern, daß hier hier etwas Natürliches sich manifestierte. Und in der Tat, in dem Beschreiben des Vergrößerns finden wir die Lösung der Frage: „Was ist natürlich?“ Das Rätsels Lösung lautet: Sinnlich wirkt auf den gesunden Durchschnittsmann die ausfällige Form der Zweigeburfe. Das heißt mit andern Worten: jene Entwicklung der Germanen, die sie zu den ienen von der Natur bestimmten Zweigen gemacht haben.

Wenn man ließ über den inneren Zusammenhang der bis jetzt
herausgelegten Punkte klar ist, so hat man den Schlüssel für die
Grundidee jüngster Modeentwicklungen und Mode-
abfertigkeiten in allen Kulturreihen gefunden; denn dieser Schlüssel
führt zu den Erkenntnissen und Schlussfolgerungen, ohne die eine
Richtung leicht des nebenläufigsten Modenproblems ausgeschlossen
würde. Schaut der fundamentalen Satz: die Kleidung ist ein etatistisches
Problem, so lautet die erste Schlussfolgerung: in der Mode ist nicht
die soziale Schönheit, die die Harmonie zur Fortausbreitung hat,
die unverzichtbare Ziel, sondern die immer neue Fortaus-
bildung des kreativisch Einmaligen in der Kleidung. Die zweite

ob er sich eine ehrliche Untreue auszuhören kommen läßt. Dabei sind die Recherchewerke eifrigst bemüht, der vigilierter Person aus jeder harmlosen Neuerbung oder Handlung einen Strick zu drehen. Führt ihre Vigilanz trocken zu seinem praktischen Resultat, so versuchen sie es auch bisweilen mit einer Verführung zum Ehebruch oder mit andern unsaurer Mitteln, an ihr Ziel zu gelangen. Technische Praktiken der Detektiv-Bureaus, die sehr wohl ohne nachteilige Folgen für das Publikum zu entbehren wären, liefern sich zu Duhenden anzuführen. Als Gipfel der Unverschämtheit erscheint uns ferner, daß sich die Inhaber von Detektiv-Bureaus, sofern sie, was häufig der Fall ist, übeldeutliche Persönlichkeiten sind, sich dazu erbieten, über moralische und Charaktereigenschaften ihrer Mitmenschen Auskunft zu geben. Die gewerbepolizeilichen und sonstigen Bestimmungen geben der Polizeibehörde eine ausreichende Handhabe, den Geschäftsbetrieb der Detektiv-Bureaus zu überwachen. Mögen sie von dieser Besitzung einen ausgiebigen Gebrauch machen, und rücksichtslos eingreifen, wo sich Aulah dazu bietet. Um besten wäre es freilich, wenn dieser Gewerbebetrieb überhaupt untersagt werden könnte oder wenigstens dessen Betrieb von einer Konzession abhängig wäre, wozu es leider heute an einer gesetzlichen Haubhabe noch fehlt. —

Der Naturfreisverein Briesnitz-Kneipp hatte am 20. Februar an den Magistrat ein Gesuch um Gewährung eines Darlehens von 6000 Mark gerichtet. Die Stadtoberordneten beschlossen am 5. Mai, das Gesuch an den Magistrat zur Prüfung der Einrichtungen und Leistungen des Vereins und zur Rücküberweisung zurückzuberufen. Diese liegt jetzt vor. In derselben verweist der Magistrat auf den Jahresbericht des Vereins für 1905. Es wird dann hinzugefügt: "Nach dem einstimmigen Gutachten des Verwaltungsausschusses für die Krankenanstalten wird der Antrag abzulehnen sein. Der Ausdruck ist der Ansicht, daß derzeitlichen Heilmethoden nur noch vorheriger ärztlicher Anordnung und unter beständiger ärztlicher Kontrolle vorgenommen werden. Auch würde die Unterstützung dieses Vereins sicher zu Verunsicherungen und weiteren Unträgen führen, denn es gibt hier, wie aus dem Adreßbuch hervorgeht, fünf solche Vereine; ein ähnlicher Antrag ist auch von dem Verein der Wilhelmstadt schon eingegangen." Schließlich wird darauf hingewiesen, daß der Verein sich leicht selbst helfen könne, indem er den geringen Mitgliederbeitrag etwas erhöhe. Dadurch würde es möglich, ein bei einer andern Stelle ausgenommenes Darlehen zu dem regulären Einsatz verzinzen zu können. —

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Zimmergewerbe zu Magdeburg. Mitte Juni wurde eine Statistik aufgenommen. Soweit zu ermitteln, waren beschäftigt 23 Poliere, 368 Gejellen und 30 Lehrlinge. Ein Stundenlohn erhielten 2 Zimmerer 25, 3, 30, 2, 35, 6, 36, 3, 38, 4, 40, 2, 42, 1, 45, 3, 46, 4, 47, 1, 48, 2, 49 Pfsg. 33 sind Jungs- und Altegejellen, welche nach dem Tarif niedriger entlohnt werden. 51 Gejellen befanden einen Stundenlohn von 18 Pfsg.; es sind dies 12 Zimmerer vom Krupp-Großon-Tarif. 10 Zimmerer verdienten 50, 11, 51, 125, 52, 84, 53, 5, 54, 33, 55, 1, 56, 1, 57, 1, 58, 2, 59, 3, 60 und 1, 65 Pfsg. In Vorpommern beschäftigt 1 Unternehmer 2 Mann für 50 bzw. 45 Pfsg. Stundenlohn. Zu Cracau bekommt 2 Mann 52, 1, 35 Pfsg. In Talschmieden sind bei 1 Unternehmer 2 Mann beschäftigt; der Stundenlohn beträgt 30 Pfsg. In den andern Orten unseres Lohngebietes wird der tarifmäßige Lohn gezahlt, mit Ausnahme von Diersleben, wo der Zimmermeister Kötter es noch nicht für nötig befunden hat, den Tarif anzuerkennen; weil er dessen früher ist, daß "seine" Zimmerer noch für den niedrigen Lohn weiterarbeiten. —

Beachtenswert für alle, die vor Gericht erscheinen müssen! Bis vor kurzem herrschte bei den höchsten Gerichten die Geplogenheit, die Zeugen und Angeklagten möglichst früh zu laden, damit das Gericht keinen Zeitverlust erleide. Dadurch kam es, daß die Geladenen meistens längere Zeit warten mußten, ehe sie gehörig wurden. Demzufolge ist nun das Publikum höchst häufig geworden; man denkt, es sei nicht so ähnlich mit der Einhaltung der Termintunde, man könne ruhig ein Viertel- oder ein halbes Stündchen später kommen. Vor einiger Zeit ist nun aber von maßgebender Stelle im Interesse des Publikums die Anweisung gegeben worden, die Termine derart anzusetzen, daß sie nach Möglichkeit zu der auf den Ladungen angegebenen Zeit abgeholt werden können. Dem wird nun folge gegeben. Da aber das Publikum noch vielfach in dem alten Schwinden weiter lebt, so gibt es oftmais empöndliche Geldstrafen für zu spätes Erscheinen. Aber auch andere Unannehmlichkeiten, wie Verwertung von Einsprüchen, Bergungen, deren Kosten der Schuldige zu tragen hat, usw. kann das Zu-spät-Erscheinen nach sich ziehen. Es ist deshalb

mit der sich der sinnliche Endzweck durchsetzt, ergibt sich mit unverhüllter Logik, daß es ein Irrtum ist, anzunehmen, in der Mode herrsche der Zufall, sie sei ein Reicht der kompletten Anatomie. Darüber sich klar zu sein, daß dies nicht der Fall ist, ist sehr wichtig, weil die Ansicht, in der Mode entscheidet die gesetzlose Willkür, tatsächlich die vorherrschende Meinung darstellt; ungezählte Autoren, die über die Mode geschrieben haben, sind über diesen fundamentalen Irrtum gestolpert. Gewiß bestimmen oft scheinbar nebensächliche Dinge eine Mode, gewiß infüllen sich zahlreiche, wechselseitig hand gewordene Moden nachweisbar an die momentane Laune einer Fürstin oder einer förmlichen Maitresse. Aber man übersteht dabei gewöhnlich das eine, daß von den vielen Maitressenlouren, die jeder Tag in der Weltgeschichte geboren hat, eben nur jene Louren modebildend geworden sind, die mit den allgemeinen Kulturtendenzen zusammentrafen, das heißt, in die man das hineinzulegen vermochte. Was die Tendenz des herrschenden Geistes war.

Nicht Anarchie, sondern strengste Gesellschaftlichkeit herrscht in der Mode. Ihr untergeordnetster Bestandteil hängt organisch mit der Gesamtultur zusammen und folgt deren Gesetzen. Und darum ist sie in jedem einzelnen Teil der peinlich genauen Ausdruck aller Kultur und spiegelt diese auf das gerissenste wider, in Ruhe und Eruen. Wir sehen zum Beispiel, daß die Mode sich in tollen Ausgeburten überschlägt — nun, daraus folgt dann nichts andres, als daß Stürme die Menschheit durchwülen. Aber die irrwürdige Annahme, in der Mode entscheidet der Zufall, ist immerhin begreiflich: weil die Mode nicht nur den großen Linien der Kulturenentwicklung folgt, sondern sich den tausend Stimmungen des Tages mimosenhaft entzieht und dadurch deren untergeordnete Tendenzen aufdrängt; deshalb wirkt das Bild durch seinen unaufhörlich zustrebenden Reichtum verteidigt.

In Wirklichkeit sind diese tausend Widerstreiche nur scheinbar vorhanden. Die Widerstreiche liegen alle in unserm Kulturzonen, die Materie völlig zu durchdringen und sofort die inneren Zusammenhänge zu erkennen. Sowie wir uns jedoch auf die großen Linien befreunden, daß heißt eine möglichst große Periode prüfen, vor allem eine Periode, an der wir nicht mehr sozialen interessiert sind und deren politische und soziale Struktur uns gut ist, so können wir folgendes nachstellen, wie adäquat alle Formen und selbst die geringsten Hinweise einer bestimmten Mode den allgemeinen politischen und sozialen Tendenzen der verfassenden Zeit sind. —

sehr anzuregen, stets wenigstens einige Minuten vor der angezeigten Termintunde zur Stelle zu sein. —

Bon der Zigarettensteuer. Die Anmeldung der Bestände von Zigaretten, die von den Händlern und Fabrikanten bis zum 1. bzw. 7. Juli zu bewirken ist, hat in Magdeburg für die Stadtteile Alte Neustadt, Neue Neustadt, Friedrichstadt, Werder und Wilhelmstadt beim Hauptsteueramt I, für die Stadtteile Buckau und Sudenburg beim Hauptsteueramt II zu erfolgen. —

Provinz und Umgegend.

Vom Vereins- und Versammlungsrecht!

Infolge der Weigerung der Gastwirte in Salbke, ihre Säle für politische und gewerkschaftliche Versammlungen der Arbeiterschaft herzugeben, wurde die Gründung eines eigenen Versammlungshauses für Salbke und Westerhüsen angeregt, und es bildete sich in Salbke zu diesem Zwecke ein Verein. Zum Zwecke der endgültigen Konstituierung berief Baumeyer als Beauftragter eine Versammlung nach dem Lokal von Sandmann ein. Auf der Tagesordnung stand: Statutenberatung, Vorstandswahl und die Frage, wie die Mittel aufzubringen seien. Etwa 15 Personen erschienen. Eine polizeiliche Anmeldung der Zusammenkunft war nicht erfolgt. Gegen Baumeyer und Sandmann wurde auf Grund der § 1 und 12 des preußischen Vereinsgesetzes Anklage erhoben, indem davon ausgegangen wurde, daß die Versammlung hätte angemeldet werden müssen, weil sie der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten haben dienen sollen. Das Schöffengericht Magdeburg-Buckau verurteilte auch Baumeyer und Sandmann wegen Übertretung der § 1 und 12 des Vereinsgesetzes, ersteren zu 50 Mark, S. zu 30 Mark. Das Landgericht Magdeburg setzte zwar die Strafen auf 20 und 15 Mark herab, verwarf aber im übrigen die Berufung der Angeklagten. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt: Zweifellos habe es sich um eine "Versammlung" gehandelt, denn 15 Personen seien nicht eine zu geringe bemessene Personenzahl. Die Versammlung habe aber auch öffentlichen Angelegenheiten dienen sollen, wobei besonders auf die Beratung der Statuten des Vereins Gewicht zu legen wäre. Die Gründung des Vereins mit dem Zweck, ein Lokal für politische und gewerkschaftliche Versammlungen zu schaffen, sei eine Angelegenheit, die das Gemeinwohl von Salbke und Westerhüsen in seiner Gesamtheit betrifft, handele es sich doch um die Stärkung gewisser politischer und sozialer Körperschaften. Die Durchführung des Zweckes stellt eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten dar. Die Beratung und Erörterung der Statuten eines Vereins mit solchem Zweck würde an sich schon den gleichen Charakter haben. Beide Angeklagten legten Revision ein. Der erste Strafsenat des Kammergerichts verwies die Sache mit folgender Begründung nochmal an das Magdeburger Landgericht zurück: Das Urteil des Landgerichts sei unklar. Es verwechsele die Begriffe "Verein" und "Veranstaltung" und die Begriffe des "Zwecks einer Versammlung" und der "Zwecke des zukünftigen Vereins". Es möge gewiß richtig sein, daß der gründende Verein in eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke. Daraus folge aber noch nicht, daß die Versammlung, in der der Verein begründet oder besprochen werden sollte, den Zweck hatte, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern oder zu beraten. Nur aber für solche Versammlungen verlange der § 1 des Vereinsgesetzes die polizeiliche Anmeldung. Es könne ja vorkommen, daß bei Beratung von Vereinsstatuten öffentliche Angelegenheiten berührt würden. Es sei aber selbst bei Gründung eines Vereins mit dem Zweck, ein Versammlungshaus für politische und gewerkschaftliche Versammlungen zu erwerben, durchaus nicht notwendig. Die Gründer könnten zum Beispiel die Sache rein kaufmännisch-wirtschaftlich nehmen. Nach dieser Richtung lasse die Vorentscheidung an tatsächlichen Feststellungen noch alles vermissen. Die Sache daraufhin nachzurüsten, wäre jetzt Aufgabe des Landgerichts. —

Kutte, 25. Juni. (Kartellsitzung.) Erschienen waren 18 Delegierte. Fünfhundert schließen je ein Delegierter der Buchbinderei, Schneider und Schuhmacher; unentkündigt je ein Delegierter der Bauarbeiter, Barbiere, Dachdecker, Maler und Zimmerer. Das umgearbeitete Statut des "Sanitätsvereins" wurde einstimmig anerkannt. Wenn Rückprache mit den Aerzten genommen ist, um Bevölkerung und Eintrittsgeld festzulegen zu können, soll vorläufig jeder Gewerkschaft ein Statut zugestellt werden. An den Arbeitern Burgs liegt es nun, dieses für die geschaffene Unternehmung dadurch, daß sie in möglichst großer Zahl Mitglied derselben werden, fröhlig zu unterstützen. Für die Buchgraphen wurden 50 Mark aus der Kartellkasse bewilligt. Den Delegierten wurde außerdem aus Herz gelegt, in ihren Gewerkschaften ein kräftiges Wort für die Lithographen einzulegen. Mit Rücksicht auf die vielen in nächster Zeit statfindenden Vergnügungen der einzelnen Gewerkschaften wurde beschlossen, daß allgemeine Gewerkschaftsfest am 22. Juli abzuhalten und eine festengliedrige Kommission mit den Verantwortlichen zu beauftragen. Zum Schlus wurde noch daran erinnert, daß alle Schmieden spätestens bis zum Juli ihr Bürgerrechtsgeld zu entrichten hätten. —

(Eröffnung) hat sich hier der Weinhändler Th. Baasch am Sonnabend abend in der Feldmark Nebenunter zwischen Heigoland und der Niedersächsischen Biegelrei. Was S. dazu veranlaßt hat, ist nicht bekannt. —

(Eine Stadtverordneten-Sitzung) findet diesen Donnerstag statt. Zur Beratung steht u. a. auch "Gewährung einer Befreiung zu einem Badeanstaltsbetriebe". Vermutlich handelt es sich hier um die Eingabe des Badeanstaltsbetreibers P. Kosche.

(Eine neue Ware) gibt's jetzt hier. In einem Juilletat im "Tageblatt" heißt es: "Möhre findet zu haben beim Feldhüter Schulze, Blumenthal." Wie man eine beliebige Ware oder einen Gegenstand erzielt, so werden hier Menschen verhandeln; es fehlt nur noch, daß angegeben wird, was ein Möhre kostet, und der Handel wäre fertig. —

Kutte, 25. Juni. (Eine verfehlte Spekulation.) In unserer Zeit der Neuerungen, wo Theil und Wählen in ganzen Kreisen doch im Kriege stehen, glaubte ein ehemaliger Reichstagsabgeordneter in einem thüringischen Städchen noch ein übriges tun zu müssen, indem er die Befreiungserlaubnisse der deutscher Reichstagsabgeordneten, hinter ihren Namen die Buchstaben M. d. R. A. legen, nachzuholen. Großer Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er fügte zu seinem Hoffstetternamen noch ein solches M. d. R. S. Da nun aber ein Seidenfabrikant von dem Badischen Reichstagabgeordneten, hinter ihrem Namen die Buchstaben M. d. R. legen, nachzuholen. Groß Mitglied des Reichstags war er nicht, wohl aber — wie sich das für einen Hoffstetter von dem Reichstag und Straßen auch gehört — Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämp

